

antikap

**WOHNUNGEN
SIND KEINE
WARE!**

**IMMOBILIEN-
KONZERNE
ENTEIGNEN!**



Kritisch denken, kämpferisch handeln!

Gegenwärtig scheint sich der Zustand der Welt extrem zu verschlimmern. Russland führt seinen imperialistisch-kolonisatorischen Angriffskrieg gegen die Ukraine unbeirrt fort. Und immer mehr Regional- und Weltmächte sehen sich ermutigt, ihre Expansionsbestreben (wieder) offen auszuleben: Die aserbaidjanische Diktatur vertrieb die gesamte armenische Bevölkerung Bergkarabachs im September 2023. Erdogans Türkei hat die militärische Offensive auf Rojava im Oktober 2023 wieder intensiviert, um die kurdische Bevölkerung zu vertreiben. Der israelische Staat nimmt die brutalen Massaker durch die rechtsextreme und religiös-fundamentalistische Hamas zum Anlass, um mit der aktuellen Bodenoffensive die Politik der Vertreibung, Ermordung und Entrechtung der palästinensischen Bevölkerung voranzutreiben.

Abonniere antikap!

antikap ist die Deutschschweizer Zeitschrift der Bewegung für den Sozialismus und erscheint derzeit zweimal jährlich.

Sie versteht sich als Ergänzung zu unserer Webseite **sozialismus.ch**, auf der wir wöchentlich aktuelle Beiträge veröffentlichen. Obwohl die **antikap** unentgeltlich hergestellt wird, fallen für Druck und Versand Kosten an. Ob wir den Erscheinungsrhythmus längerfristig erhöhen können, hängt auch von der Unterstützung unserer Leser:innen ab.

Für CHF 10.- kannst du die **antikap** ein Jahr lang (Frühlings- und Herbstausgabe) abonnieren. Über zusätzliche Spenden oder ein Soliabo sind wir dir sehr dankbar.

Adresse: Zeitschrift antikap, Hammerstr. 178, 4057 Basel.
IBAN: CH33 0900 0000 1523 8267 2



Aber die Unterdrückung unter dem globalen Kapitalismus ist zu komplex, um mit eindimensionalen Antworten und schablonenhaften Analysen zu entgegnen. Kritik am Vorgehen des israelischen Staates schliesst Kritik an der Hamas keineswegs aus. Es braucht geradezu multidirektionale Kritik, die alle Seiten nach ihrem Reaktionismus und ihrer Menschenfeindlichkeit überprüft (S. 29). Auch der kollektive Westen, ohne dessen Unterstützung die Ukraine längst schon vom russischen Imperialismus überrannt worden wäre, der jetzt aber fast vorbehaltlos Israels Militäroffensive gutheisst, muss als das gezeisselt werden, was er ist: kapitalistisch und imperialistisch. Als Antiimperialist:innen müssen wir genau so an der Seite der ukrainischen wie der palästinensischen Bevölkerung stehen. Antiimperialismus kann also keine grundsätzliche Solidarität mit einer Grossmacht und ihren jeweiligen Schützlingen gegen den jeweils anderen Block sein, sondern kann nur von unten, von der jeweils betroffenen Bevölkerung hergedacht werden. (S. 26).

Die Auswüchse des Kapitalismus äussern sich aber nicht nur als Imperialismus. Schon die Art, wie wir wohnen und leben, zeigt, nach welchen Prinzipien unsere Gesellschaft organisiert ist. Auch die treibende Kraft hinter der Gentrifizierung, d.h. der 'Aufwertung' von Quartieren, um einkommensschwächere Mieter:innen durch zahlungskräftigere zu verdrängen, sind die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse. Denn wenn die Steuerung des Wohnungsausbaus dem freien Markt überlassen wird, wird nicht nach Bedarf gebaut, sondern nach Profitmaximierung. Am 4. November 2023 gingen in Zürich daher rund 2000 Menschen auf die Strasse, um eine soziale Wohnungspolitik einzufordern. Auch

die Bewegung für den Sozialismus schloss sich unter der Losung an, dass Wohnen keine Ware sein sollte und Immobilienkonzerne deswegen enteignet gehören. Vor diesem Hintergrund widmen wir uns in der aktuellen Antikap der Grundrententheorie von Karl Marx, um den Fragen nachzugehen, woher Boden seinen Wert und welche Folgen das für die Handlungsweise der Kapitalist:innenklasse hat (S. 4).

Die Wohnungsfrage macht deutlich, dass Ausbeutung nicht am Arbeitsplatz endet und im Kapitalismus alle Lebensbereiche bestimmt. Deswegen müssen wir uns als Lohnabhängigenklasse organisieren und Widerstand von unten bilden. Alle sozialen Errungenschaften, die heute selbstverständlich scheinen, mussten von der Lohnabhängigenklasse erkämpft werden. Sie wurden uns nicht einfach gegeben, weil sich die Geschichte aus intrinsischer Veranlagung auf eine humanere Zukunft hinentwickelt. Aus diesem Grund verpflichtet uns das kapitalistische System mit der Idee der Sozialpartnerschaft auch darauf, im Tausch für den Gesamtarbeitsvertrag nicht mehr gegen die sozialen Umstände zu kämpfen (S. 16). Denn eine Gesellschaft, die nach dem Profit der Kapitalist:innen organisiert ist, nicht nach unserem Bedarf, wird sich sicher nicht abwählen, geschweige denn sich von alleine aufheben.

Wir wünschen viel Spass beim Lesen der neuen Ausgabe und hoffen, eine Inspiration für kritisches Denken und kämpferisches Handeln zu sein.

Die Redaktion

Inhalt

- 4 Die unsichtbare Hand der Gentrifizierung**
Eine kurze Einführung in die ökonomischen Hintergründe der kapitalistischen Stadtaufwertung.
- 10 Wohnungen sind keine Waare**
Für die Vergesellschaftung von Boden und Immobilien!
- 12 Modern Monetary Theory**
Wenn etwas gut für die breite Bevölkerung wäre, haben wir dafür nie genug Geld. Aber stimmt das überhaupt? Laut Modern Monetary Theory nicht.
- 16 Arbeitskämpfe in der Schweiz**
Wie ist die Lage bezüglich Arbeitskämpfen in der Schweiz?
- 20 Arbeitslosenbewegung in Argentinien**
Der Polo Obrero mobilisiert als basisnahe und sozialistische Organisation Erwerbslose. Interview mit dem Aktivist:en Eduardo Belliboni.
- 22 1000 Tage, die die Welt erschütterten**
Wie sich die chilenischen Arbeiter:innen unter Allende selbstorganisierten.
- 25 Wofür wir kämpfen**
Die BFS stellt sich vor.
- 26 Internationale Solidarität**
Solidaritätserklärung ukrainischer Aktivist:innen mit der palästinensischen Bevölkerung.
- 29 Position der BFS zum Krieg in Palästina**
Im Kampf gegen die israelische Besatzung stehen wir auf der Seite der palästinensischen Bevölkerung. Die Gräueltaten der Hamas verurteilen wir dennoch.
- 31 Bitte keine Hygiene**
Ein feministischer Kommentar zur «Intimpflege» und ein Plädoyer für mehr Sachlichkeit.
- 32 Die soziale Revolution ist weder eine Partei- noch eine Staatsangelegenheit**
Für den Marxisten Paul Mattick kann die soziale Revolution nur Freiheit hervorbringen, wenn sie von der arbeitenden Bevölkerung selbst erkämpft wird.
- 38 Systemkritik aus Hollywood?**
«Barbie» ist der einträglichste Kinohit des Jahres 2023, obwohl der Film Patriarchat und Kapitalismus kritisiert.



WOHNUNGSNOT

Die unsichtbare Hand der Gentrifizierung

Eine Gesellschaft, die Menschen ohne Not aus ihren Wohnungen vertreibt oder obdachlos zurücklässt, während Wohnungen leer stehen, bettelt um ihre eigene Abschaffung. In der Linken besteht weitgehende Einigkeit, dass Gentrifizierung ein Problem ist. Bei der Frage, wie es zu diesen Verdrängungsprozessen kommt und wie sie zu bekämpfen wären, gehen die Meinungen jedoch weit auseinander. Ein sinnvoller Zugang ist die Betrachtung der ökonomischen Hintergründe.

von Jakob Spät (BFS Zürich)

« Der Fluss von Kapital in den Immobilienmarkt, die Blasenbildung durch Aufwertung und Spekulation und der darauf folgende Crash ist kein einmaliges Ereignis. Vielmehr wiederholt sich das gleiche Muster in regelmässigen Abständen.

Wie kommt es zu Gentrifizierung?

In der mindestens seit den 2000ern üblichen und auch in weiten Teilen der Linken vorherrschenden Erzählung läuft Gentrifizierung in etwa so ab: In ein Quartier mit günstigen Mieten und schlechter Infrastruktur ziehen Künstler:innen und Studierende, bauen dort Strukturen auf, eröffnen Cafés und Clubs, die dann wiederum Menschen aus betuchteren Schichten anziehen, die höhere Mieten zahlen können. Diese verlangen dafür dann aber auch bessere Wohnungen, weswegen die bisherigen Bewohner:innen des Quartiers verdrängt werden und ihre Wohnungen gesichtslosen Luxusapartments weichen müssen. Die selbstorganisierten Strukturen können die neuen Mieten nicht mehr zahlen, Clubs werden wegen Lärmklagen geschlossen, das Nachtleben stirbt und das Quartier verwandelt sich in eine Latte-Macchiato-Luxuswüste.

Diese Erzählung krankt jedoch an zwei Dingen: Zum einen ist sie eine unмотivierte Übertragung biologischer Prozesse auf gesellschaftliche Phänomene (Pionierpflanzen besiedeln neues Land und bereiten den Boden für anspruchsvollere Pflanzen, die dann wiederum die Pionierpflanzen verdrängen). Zum anderen findet Gentrifizierung auch dann statt, wenn sich an einem Ort keine entsprechende Ausgatemosphäre entwickelt. Dass die Verbindung zwischen Szenevierteln und Gentrifizierung in den Köpfen so stark ist, hängt wahrscheinlich vor allem daran, dass sich Künstler:innen und Studierende am ehesten medienwirksam beschwerten, wenn ihnen ihr Quartier weggentrifiziert wird.

Wer in der Beschreibung der beobachteten Verdrängungsprozesse der Wirklichkeit näherkommen möchte, sollte den Blick auf die ökonomischen Bedingungen richten, vor allem auf die Bildung des Bodenpreises im Kapitalismus und die daraus erwachsenden Dynamiken.

Warum kann man Boden kaufen?

In kapitalistischen Gesellschaften entsteht (Tausch-) Wert bei einem als «Tausch» bezeichneten okkulten Ritus, bei dem sich die beteiligten Personen gegenseitig versichern, dass in die Dinge, die sie einander übereignen,

durchschnittliche etwa die gleiche Menge menschlicher Arbeitszeit eingegangen ist. Dabei ist es egal, wer den Tausch vornimmt, was genau getauscht wird, und ob die am Tausch beteiligten selbst die Arbeit geleistet haben, die in die zu tauschenden Waren eingeflossen ist. Nur Dinge, die von Menschen durch Arbeit hergestellt und dann getauscht werden, haben Wert.

Unter diesen Voraussetzungen muss der Verkauf von Land geradezu unsinnig erscheinen: Das spezifische Stück Erdoberfläche, das bei diesem Tausch die Eigentümer:in wechselt, ist nicht durch die Arbeit von Menschen entstanden, sondern bestand schon lange, bevor die ersten Protoamphibien das Meer verliessen. Zwar ist es möglich, Land durch Arbeit umzugestalten und damit Wert an es zu binden, allerdings wird auch lange brachliegendes Land ohne nennenswerte Spuren menschlicher Arbeit gegen Dinge mit Wert getauscht.

Im Kapitalismus ist Grundeigentum das ausschliessliche Recht zur Nutzung eines Stücks Erdoberfläche. Dieses Recht wird durch den kapitalistischen Staat garantiert und durchgesetzt und muss nicht, wie in früheren Gesellschaftsformen etwa, durch persönliche Gewaltanwendung oder persönliches Bestellen, Bebauen oder Bewohnen behauptet werden. Wie bei allen Verhältnissen im Kapitalismus sind die beteiligten Personen beim Grundeigentum lediglich als ihre gesellschaftlichen Funktionen relevant, beispielsweise als Grundeigentümer:in oder Mieter:in, nicht aber als Individuen. Es ist also für Belange egal, wer den Boden kauft, bestellt, verpachtet usw., und ob diese Personen irgendeinen persönlichen Bezug zu diesem Stück Boden haben.

Überträgt die Grundeigentümer:in das Nutzungsrecht für ein Stück Boden an eine andere Person, wird eine in der Regel monatlich oder jährlich zu entrichtende Pacht (oder ein Mietzins) fällig. Die Pacht abzüglich der Auslagen der Grundeigentümer:in wird in der Literatur als «Grundrente» bezeichnet. Diese regelmässige Zahlung ist der Punkt, an dem im kollektiven Vorstellungsgebäude des Kapitalismus das Recht in Kapital umschlägt: Wird eine bestimmte Summe Kapital als Darlehen vergeben, geht damit eine üblicherweise jährliche Zinszahlung an

« Aus steigenden oder fallenden Bodenpreisen allein ergibt sich aber noch kein ökonomischer Zwang zur Vertreibung von Menschen aus ihren Wohnungen durch Aufwertung.

die Darlehensgeber:in einher, die von der Menge des verliehenen Kapitals abhängt (ähnlich, aber etwas komplizierter verhält es sich mit allen Formen von Kapitalanlagen). Der Umkehrschluss aus diesem Verhältnis ist, dass alles, aus dem regelmässige Zahlungen hervorgehen, Kapital sein muss.

Die Menge dieses (fiktiven) Kapitals lässt sich durch die Umkehrung der Formel für die Berechnung des Zinses bestimmen: Wenn ein investiertes Kapital von 100 bei einem durchschnittlichen Zinssatz von 5% einen jährlichen Zins von 5 ergibt, dann bedeutet eine jährliche Grundrente von 5 beim gleichen durchschnittlichen Zinssatz, dass der Boden, aus dem diese Miete hervorgegangen ist, einem Kapital von 100 entspricht. Diese Gleichsetzung hat den zunächst rein mathematischen Effekt, dass der Bodenpreis steigt, wenn der durchschnittliche Zinssatz fällt (der gleiche Boden entspricht bei einem Zinssatz von 2,5 % einem Kapital von 200), während er fällt, wenn der durchschnittliche Zinssatz steigt (bei 10% entspricht der gleiche Boden nur noch einem Kapital von 50). Ausserhalb der Mathematik steigen die Bodenpreise regelhaft am Anfang einer Krise, wenn das mobilisierbare Kapital in Immobilien flüchtet,

weil die Renditen dort im Vergleich zum Rest der Wirtschaft stabil hoch bleiben.

Wann wird aufgewertet?

Aus steigenden oder fallenden Bodenpreisen allein ergibt sich aber noch kein ökonomischer Zwang zur Vertreibung von Menschen aus ihren Wohnungen durch Aufwertung. An dieser Stelle setzt die rent gap-Theorie an: Sie führt neben der aktuellen Grundrente die potenzielle Grundrente ein, die maximale Rente, die sich mit einem Stück Boden theoretisch erwirtschaften lässt. Ist der Unterschied zwischen aktueller und potenzieller Grundrente hoch genug, werden Wohnungen modernisiert oder abgerissen und durch Neubauten ersetzt, mit denen diese potenzielle Rente erwirtschaftet werden kann. Dabei hängt die potenzielle Grundrente nicht nur von der Bausubstanz und dem Stück Boden selbst ab. Daneben spielen verbesserte Verkehrsanbindung, Modernisierung der Infrastruktur im Quartier, die Aufwertung von anderen Immobilien in der Umgebung – vor allem der Bau prestigeträchtiger Immobilieninseln – und gezielte Vermarktung eine Rolle. Darüber hinaus haben Änderungen in der Bauordnung für das Quartier einen

« Es gibt viele sinnvolle Initiativen, die von solidarischen Zusammenschlüssen von Mieter:innen gegen ihre gemeinsamen Vermieter:innen über Besetzungen von spekulativem Leerstand bis hin zu politischem Druck für ein besseres Mietrecht reichen.

Einfluss: Werden Grundstücke überhaupt erst zu Bauland umgezont oder werden in einem Quartier höhere Bauten erlaubt, ermöglicht auch das, aus dem gleichen Stück Boden mehr Rente zu pressen. Wer die höheren Mieten für die aufgewerteten oder neugebauten Wohnungen nicht zahlen kann, sieht sich auf kurz oder lang dazu gezwungen, in anderen Quartieren oder im Umland nach einer neuen Wohnung zu suchen. Diese Investitionen in den Immobilienmarkt haben in der Regel eine längere Laufzeit als andere Investitionen – bis der komplette Mehrwert des investierten Kapitals durch monatliche Mietzahlungen realisiert ist, kann es gut ein oder zwei Jahrzehnte dauern. Wenn aber viel Kapital in den Immobilienmarkt fließt, steigt der Druck, die Zeit bis zur Realisierung des Mehrwerts zu verkürzen. In diesen Fällen wird dazu übergegangen, Immobilien zu kaufen, aufzuwerten und zu einem Preis zu verkaufen, der der potenziellen Grundrente entspricht.

Ist dieser Punkt erreicht, ist es egal, ob diese Immobilien tatsächlich noch vermietet werden können. So lange ähnliche Immobilien im Quartier entsprechende Grundrenten erzielen oder zu entsprechenden Preisen verkauft werden, kann eine Immobilie auch leerstehen, es ändert nichts an ihrem angenommenen, und entsprechend in der Bilanz der Immobilienfirmen verbuchten,

Preis. Im Gegenteil lohnt sich Leerstand häufig, weil er den Wohnraum im Quartier verknappt und damit die Mieten in die Höhe treibt, was sich wiederum positiv auf den Preis aller dortigen Immobilien auswirkt.

Wie lange geht das gut?

Zwei Dinge können diese Dynamik stoppen und die Immobilienblase zum Platzen bringen: Zum einen kann der durchschnittliche Zinssatz steigen, wodurch die Immobilienpreise sinken. Zum anderen kann die Nachfrage einbrechen. Wenn niemand mehr die Wohn- oder Geschäftsräume zu den durch die Spekulation in die Höhe getriebenen Mieten oder Kaufpreisen haben möchte, bricht auch die Fiktion der hohen Immobilienpreise in sich zusammen. Ohne dass sich am Boden etwas ändert, verpufft ein guter Teil des darin investierten Kapitals.

Ein Crash in der Immobilienwirtschaft hat Folgen auf mehreren Ebenen: Auf der individuellen Ebene verlieren vor allem die kleinen Eigentümer:innen. Da ihre Immobilien schlagartig an Wert verlieren, können sie die darauf liegenden Hypotheken nicht mehr bedienen und müssen ihre Immobilien verkaufen. Zusammen mit den Pleiten von grossen Immobilienunternehmen führt dies auf der Ebene des Immobilienmarkts zu einer Zentralisierung des Grundeigentums in immer weniger Händen

– die Immobilienkonzerne, die den Crash überstehen, übernehmen einen Grossteil des Grundeigentums derer, die den Crash nicht überstanden haben. Auf städtebaulicher Ebene hinterlässt der Crash Betonwüsten voller Prestigeimmobilien, die zu Bauruinen verkommen sind: Erstens, weil ihre Eigentümer:innen nicht mehr das Kapital haben, sie zu erhalten. Zweitens kann es sich niemand leisten, in ihnen zu wohnen. Und drittens möchte bei der schlechten Lage des Immobilienmarkts niemand die Grundstücke kaufen und zusätzlich das Geld in die Hand nehmen, die nun unnützen Bauten zu entfernen, damit darauf Nützlicheres errichtet werden kann. Ausserdem hat diese Kapitalentwertung natürlich auch negative Aus-



wirkungen auf den Rest der Wirtschaft.

Mit viel Glück normalisieren sich die Mieten in den betroffenen Quartieren wieder etwas. Sie werden jedoch nicht wieder auf den Stand vor dem Beginn der Gentrifizierung fallen und die Menschen, die dort wohnten, werden nicht zurückkehren. Die sozialen Strukturen sind zerrissen, der Charakter des Quartiers unwiederbringlich verloren. Der Fluss von Kapital in den Immobilienmarkt, die Blasenbildung durch Aufwertung und Spekulation und der darauffolgende Crash ist kein einmaliges Ereignis. Vielmehr wiederholt sich das gleiche Muster mit leichten Abweichungen und anderen betroffenen Quartieren in regelmässigen Abständen. Wenn die allgemeine Konjunktur schwächelt und der durchschnittliche Zins für Kapitalanlagen sinkt, erscheinen Boden und Immobilien als lohnenswerte Geldanlagen, Kapital beginnt zu fließen und die Vertreibung von Menschen zur Produktion überbewerteter Betonwüsten beginnt von Neuem.

Die Dialektik der Aufwertung

Da es derzeit so aussieht, als sei die Überwindung des kapitalistischen Systems nicht auf der Tagesordnung, stellt sich die Frage, was gegen Aufwertung unternommen werden kann. Es gibt viele, im Rahmen des bestehenden Falschen durchaus sinnvolle Initiativen, die von solidarischen Zusammenschlüssen durch Mieter:innen gegen ihre gemeinsamen Vermieter:innen über Besetzungen von spekulativem Leerstand bis hin zu politischem Druck für ein besseres Mietrecht reichen. Es gibt jedoch eine Tendenz von Gruppen, die gegen Gentrifizierung eintreten, die in vielen Fällen durchaus nötigen strukturellen Verbesserung des Wohnraums gänzlich abzulehnen. Selbst die menschenunwürdigsten Löcher, in denen zu viele Menschen auf zu wenig Raum leben, die im



Winter kalt und feucht und im Sommer brütend heiss sind, in denen Menschen metaphorisch und wörtlich verschimmeln, Wohnungen, deren Abriss eine städtebauliche Wohltat wäre, werden zum Hort des schönen Lebens romantisiert und gegen notwendige Sanierungen verteidigt.

Zugegeben, die in der Schweiz betroffenen Quartiere sind nicht mit den Elendsvierteln in anderen Teilen der Welt vergleichbar. Dennoch sind auch hier beengte Verhältnisse, schlechte Belüftung, Dunkelheit und Schimmel keine Seltenheit. Daneben ist der Umbau und die energetische Sanierung von Wohnraum in Zeiten der sich beschleunigenden Klimakatastrophe eine unumgängliche Notwendigkeit. Anstatt also dafür einzutreten, dass Menschen weiter in Bruchbuden hausen dürfen, muss das Ziel sein, Menschen zu ermöglichen, in ihrem Quartier, in ihrem sozialen Netzwerk wohnen zu bleiben, und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass ihnen lebenswerter Wohnraum in ausreichender Grösse in einer lebenswerten Umgebung zur Verfügung steht.

Literatur

- Gegenstandspunkt (2014). Das Grundeigentum und der Wohnungsmarkt. <https://de.gegenstandspunkt.com/artikel/grundeigentum-wohnungsmarkt>.
- Holm, Andrej (2010). Wir bleiben alle! Gentrifizierung – Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung. Münster: unrast.
- Jensen, Inga und Sebastian Schipper (2018). «Jenseits von schwäbischen Spätzlemanufakturen und kiezigen Kneipen – polit-ökonomische Perspektiven auf Gentrifizierung». In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 48.2, S. 317–324.
- Krätke, Stefan (1995). Stadt, Raum, Ökonomie. Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie. Basel: Springer Basel.
- Schipper, Sebastian (2018). «Zur politischen Ökonomie der Gentrifizierung: Warum kommt es zu Verdrängungsprozessen und wie lassen sich diese verhindern?» In: Stadtluft macht reich/arm. Stadtentwicklung, soziale Ungleichheit und Raumgerechtigkeit. Hrsg. von Bernhard Emunds, Claudia Czingon und Michael Wolff. Weimar: Metropolis, S. 33–57.
- Slater, Tom (2017). «Planetary rent gaps». In: Antipode 48.1, S. 114–137.

« Die Bodenpreise steigen regelhaft am Anfang einer Krise, wenn das mobilisierbare Kapital in Immobilien flüchtet, weil die Renditen dort im Vergleich zum Rest der Wirtschaft stabil hoch bleiben.

Wohnungen sind keine Ware!

Für die Vergesellschaftung von Boden und Immobilien!

Dass man sich in Zürich keine Wohnung (mehr) leisten kann, ist kein Geheimnis. Zürich erlebt seit Jahrzehnten Wellen der sogenannten «Revitalisierung», «Modernisierung» oder «Aufwertung» vieler Quartiere. Hinter diesen Begriffen verbirgt sich aber tatsächlich eine Wohnungskrise.

von **BFS Zürich**

Seefeldisierung Zürichs

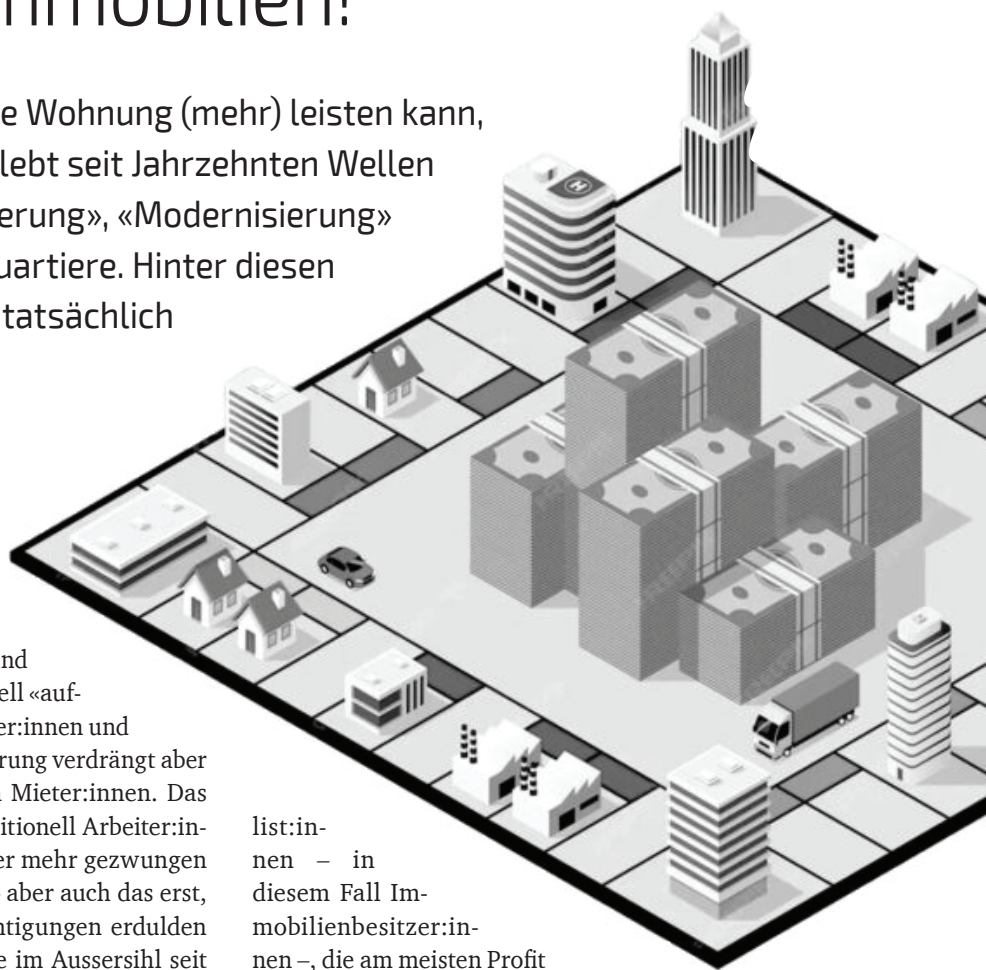
Bei den sogenannten Aufwertern handelt es sich um Unternehmen, die Immobilien aufkaufen, um sie für eine höhere Preisklasse auszustatten. Viertel und Quartiere werden kulturell und strukturell «aufgewertet», um einkommensstärkere Mieter:innen und Käufer:innen anzulocken. Die Preissteigerung verdrängt aber wiederum die einkommenschwächeren Mieter:innen. Das trifft vor allem Quartiere, in denen traditionell Arbeiter:innen oder Migrant:innen leben, die immer mehr gezwungen sind, auf Randquartiere auszuweichen – aber auch das erst, nachdem sie dutzende Wohnungsbesichtigungen erdulden mussten. So haben sich die Bodenpreise im Aussersihl seit 1993 praktisch verdoppelt. Nicht unähnlich erlebte das alte Industriequartier im Kreis 5 derartige Aufwertungs- und Verdrängungsentwicklungen: Wo einst Arbeiter:innen wohnten, haust jetzt eine urbane Mittelschicht. Diese «Seefeldisierung» – das Seefeld gilt als Paradebeispiel für dieses Phänomen – zieht sich mittlerweile durch alle Quartiere. Doch die Gentrifizierung der Stadt Zürich ist nicht einfach vom Himmel gefallen, sondern hat System und ist eine direkte Folge der Eigentumsverhältnisse sowie einer Gesellschaftsgestaltung, die auf Profitmaximierung ausgerichtet ist.

Ein hausgemachtes Problem des Kapitalismus

In der profitorientierten Konkurrenzwirtschaft des Kapitalismus bestehen auf längere Sicht nur diejenigen Kapita-

list:innen – in diesem Fall Immobilienbesitzer:innen –, die am meisten Profit machen. Wie Wohnraum verteilt und wie die Stadt geplant wird, bestimmt die kapitalistische Konkurrenz- und Anhäufungslogik des freien Marktes. Dabei setzen sich diejenigen Kapitalist:innen durch, die am meisten Grundrente, also am meisten Miete oder den höchsten Kaufpreis aus den Immobilien ziehen können, die sie besitzen.

Deswegen begnügen sich die Immobilienbesitzer:innen auch nicht mit der «gegenwärtigen Grundrente», also mit den Einnahmen, die sie aus Mieten und Hauskäufen gegenwärtig effektiv einnehmen können. Sondern sie spekulieren darauf, dass aus denselben Immobilien unter anderen Umständen mehr eingenommen werden könnte («potentielle Grundrente»). Immer die höchstmöglichen potentiellen Einnahmen im



Blick, investieren Immobilienunternehmer:innen in sogenannte «Aufwertungsprojekte», die einkommensschwächere Anwohner:innen dann verdrängen, aber eben einkommensstärkere anlocken. Und je höher der Unterschied zwischen den gegenwärtig realisierbaren und den potentiell höchstmöglichen Miet- und Kaufeinkünften ist (Rent Gap), desto eher lohnt es sich für die Investor:innen im Immobilienmarkt, Wohnungen anzukaufen und in sie zu investieren.

Nach dem Wohnungsleerstand die Sintflut

Doch je ambitionierter die Spekulationswut der Immobilienunternehmer:innen, desto tiefer auch der Fall. Denn in Immobilien und deren Aufwertung investieren die Kapitalist:innen vor allem dann, wenn die Profitsteigerung in anderen Wirtschaftsbereichen (diejenigen, die direkt mit den industriellen Produktionsprozessen verbunden sind) in eine Krise gerät. Also dann, wenn die Möglichkeiten dort zu gering sind, um Kapital gewinnbringend zu investieren. Kapital bringt in der Konkurrenzlogik jedoch nur dann etwas, wenn es sich investieren und vermehren lässt. Damit das angehäuften Kapital nun nicht un-investiert herumliegt und somit faktisch entwertet wird, verschieben es die Kapitalist:innen in die Immobilienmärkte. Dieses Verschieben des Kapitals ist aber nicht mehr als ein Hinausschieben der Krise. Was zunächst wie ein Immobilienboom erscheint, bedeutet letztlich nur, dass es bei Investitionen in die bebaute Umwelt länger dauert, bevor diese effektiv Erträge in Form von Kauf oder Miete einbringen.

Doch irgendwann wird klar, dass die Immobilienunternehmer:innen ihre Luftschlösser auf Sand gebaut haben. Die Kapitalist:innen kaufen und «werten» Immobilien auf, weil sie darauf spekulieren, dass irgendwann die grossen Ströme an reichen Käufer:innen und Mieter:innen kommen werden. Sie bauen die Immobilien aber oft noch nicht um in der Hoffnung, dass sich die Bedingungen für höchstmögliche Mieten weiter verbessern werden (bspw. dadurch, dass der Staat zuerst den ÖV ausbaut oder Gebiete umzont). Um noch profitablere Trendimmobilien zu erhalten, wird der Wohnungsleerstand, der dabei entsteht, von den Kapitalist:innen bewusst in Kauf genommen – während zeitgleich Menschen bezahlbaren Wohnraum suchen! Doch Menschen wollen in Häusern vor allem eines: wohnen, ohne

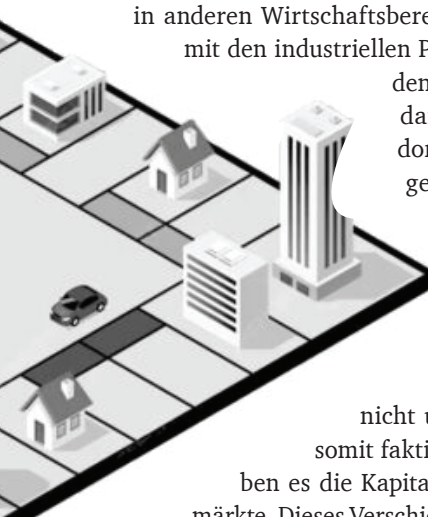
ständig finanziell belastet zu sein. Die Immobilienblase platzt also genau aufgrund der horrenden Preise (in Zürich zuletzt anfangs der 1990er Jahre) und die vermeintlich stabile Geldanlage Immobilie entpuppt sich als Kartenhaus der Profitgier. Zurück bleiben Trendwüsten, leere Gebäude, auf denen die Kapitalist:innen sitzen bleiben (noch sind das vor allem Bürogebäude). Der kapitalistische Wohnungsmarkt offenbart so den Widerspruch zwischen einer Bedarfs- und einer Profitwirtschaft.

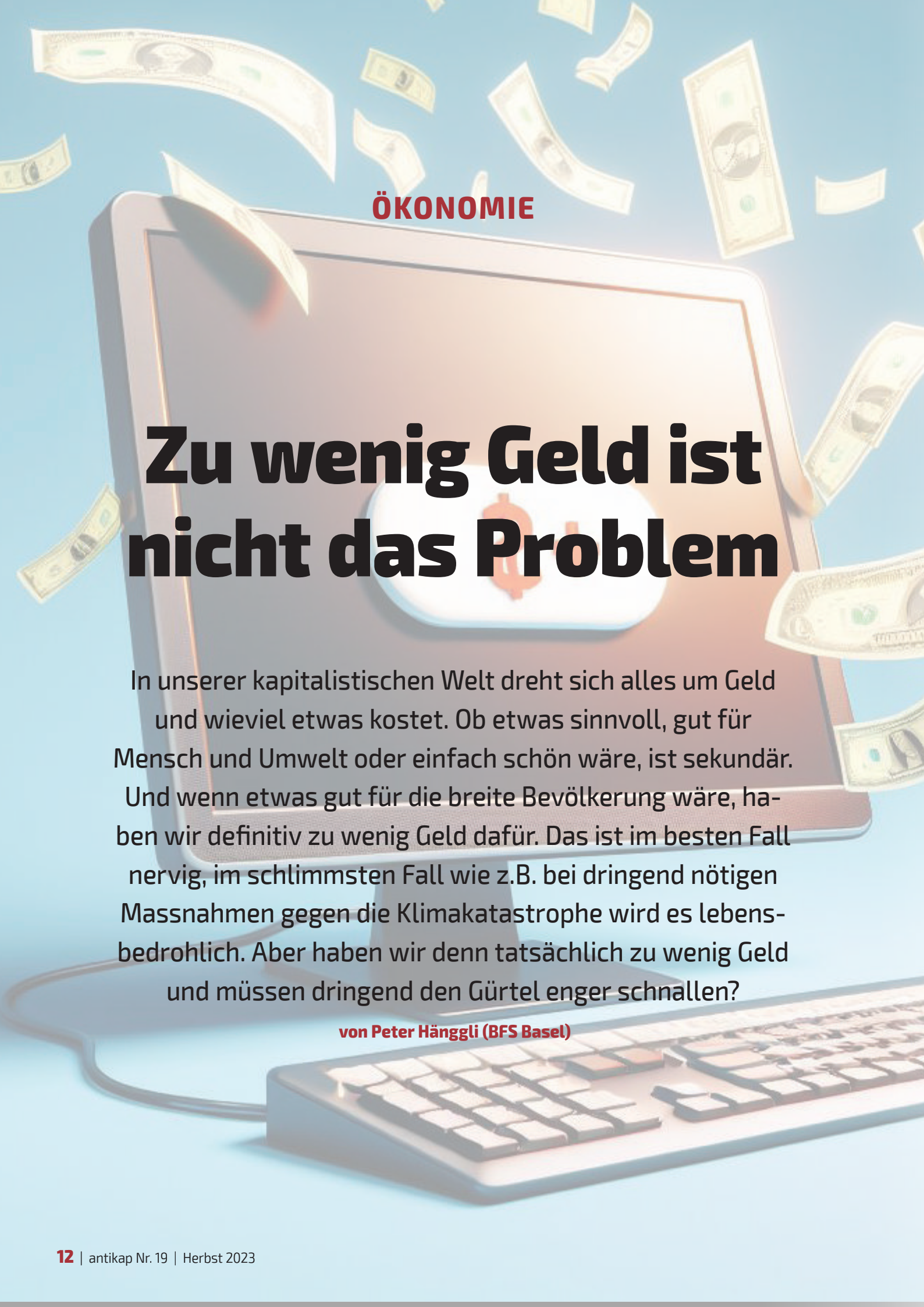
Stadtplanung nach Bedarf und nicht nach Profit

Dass am Ende des Gentrifizierungsprozesses nicht nur die Verdrängung der einkommensschwächeren Mieter:innen steht, sondern leere Betonwüsten zu überhöhten Preisen, die ihrerseits irgendwann auch nichts mehr wert sind, hat seine Wurzel im freien Markt und im Wirtschaften nach Profit. Gentrifizierung entfaltet sich vor allem dort, wo Finanzmärkte und Stadtplanung unzureichend staatlich reguliert werden. Doch es gibt auch Entwicklungen, die mutig stimmen und zum Widerstand motivieren. So haben sich an der Scheideggstrasse (Wollishofen) Anwohner:innen zur «solidarischen Nachbarschaft» zusammengeschlossen, um ihre Kündigung zu vermeiden. Und die Initiative «Linkes Seeufer für alle» hat erfolgreich dazu beigetragen, dass das Kibag-Areal neben der Roten Fabrik nicht mit Luxuswohnungen verbaut wird. Schliessen auch wir uns einem Kampf dafür an, dass Renovation und Sanierungen, überhaupt Wohnraum an sich im Dienste der Bewohner:innen stehen, nicht des Kapitals.

Deswegen fordern wir:

- dass Stadtplanung und Wohnungsbau dem freien Markt entzogen und vergesellschaftet werden, um sie zu einer Angelegenheit des öffentlichen Interesses zu machen.
- dass die soziale Infrastruktur (Gesundheit, Betreuung, Erziehung u.a.) unter Einbezug der Lohnabhängigen ausgebaut und der Wohnungsbau demokratisiert wird, indem die Mieter:innen und die Wohnungssuchenden darüber entscheiden, was gebaut und wo renoviert wird.
- dass Stadtplanung und Wohnungsbau auf die Anforderungen der kommenden Klimakatastrophe angepasst werden, indem eine Stadt der kurzen Wege geplant wird und Gebäude auf ihre ökologische Nachhaltigkeit hin saniert werden.
- offene Städte, in denen Menschen jeden Alters eine bezahlbare Wohnung finden, unabhängig von Aufenthaltsstatus, Portemonnaie, Hautfarbe, Nachname, Netzwerk oder Haushaltsform.



The background of the page features a stylized illustration of a computer monitor and keyboard. Numerous Euro banknotes are depicted as if they are falling or floating around the computer, creating a sense of financial flux. The overall color palette is a mix of light blues, greys, and the yellowish-green of the currency.

ÖKONOMIE

Zu wenig Geld ist nicht das Problem

In unserer kapitalistischen Welt dreht sich alles um Geld und wieviel etwas kostet. Ob etwas sinnvoll, gut für Mensch und Umwelt oder einfach schön wäre, ist sekundär. Und wenn etwas gut für die breite Bevölkerung wäre, haben wir definitiv zu wenig Geld dafür. Das ist im besten Fall nervig, im schlimmsten Fall wie z.B. bei dringend nötigen Massnahmen gegen die Klimakatastrophe wird es lebensbedrohlich. Aber haben wir denn tatsächlich zu wenig Geld und müssen dringend den Gürtel enger schnallen?

von Peter Hänggli (BFS Basel)

Für Dinge wie Klimaschutzmassnahmen (z.B. ökologisch sinnvolle Wohnungssanierungen ohne Mieterhöhungen, Ausbau des ÖV) oder Erhöhung der Renten auf ein Niveau, mit dem auch tatsächlich ein Leben in Würde möglich wäre, ist nie genug Geld da. Aber wenn eine Bank aus eigenem Verschulden fast Pleite geht oder neue Kampfflugzeuge gekauft werden sollen, finden sich irgendwo in einer staatlichen Sockenschublade plötzlich ein paar Millionen oder Milliarden, die gerade ohnehin nicht gebraucht wurden.

Auf den ersten Blick ist ersichtlich, dass hier etwas mit den Prioritäten im Argen ist. Aber selbst in einem Szenario, in dem Kampfflugzeuge, auf welche Weise auch immer, tatsächlich wichtiger sind als die Klimakatastrophe, fällt das Argument der fehlenden Mittel für Sozialstaat und Klimaschutz flach. Denn für Staaten funktioniert die Budgetierung ein wenig anders als für Einzelpersonen: Staaten bezahlen nicht nur mit Geld, sie sind gleichzeitig auch die Quelle dieses Geldes.

Wie wir mit Geld umgehen

Als Einzelpersonen müssen wir erst Geld verdienen, bevor wir damit etwas bezahlen können. Oder wir machen Schulden – nehmen z.B. einen Kredit auf –, die wir dann wieder zurückzahlen müssen. Und wenn uns das Geld ausgeht, können wir Miete, Essen, Krankenkassenprämien usw. nicht mehr bezahlen.

Diese Funktionsweise verstehen wir alle. Sie betrifft uns als Lohnabhängige täglich unmittelbar. Es macht also Sinn, dass wir den Staatshaushalt mit unserem eigenen Haushalt vergleichen. Dass wir annehmen, dass der Staat als erstes Geld besorgen muss, bevor er es für Dinge wie öffentliche Infrastruktur ausgeben kann. Und dieses Geld wird über Steuern besorgt. Dies ist ja auch stets ein Argument gegen alle möglichen Staatsausgaben: «Und dafür werden meine Steuern hinausgeworfen?!» Soweit leuchtet das ein, zumindest bis wir uns die Frage stellen, woher das Geld eigentlich kam, mit dem wir Steuern bezahlen.

Woher kommt das Geld?

Die intuitive Antwort ist natürlich aus der Lohnarbeit. Aber woher haben denn die Unternehmen das Geld, mit dem sie Löhne zahlen? Na, von den Konsument:innen, die ihre Produkte oder Dienstleistungen kaufen... und da beginnen sich die Argumente im Kreis zu drehen. Denn weder die Unternehmen noch die Konsument:innen haben das Geld erschaffen. Das wäre Geldfälschung und höchst illegal, denn nur der Staat darf Geld erschaffen. Moment, da haben wir den Ursprung des Geldes ja!

Der Staat übt sein Monopol auf das gesetzliche Zahlungsmittel über die jeweilige Zentralbank aus. Diese Zentralbanken schaffen Geld, indem sie Geld in Umlauf bringen. Anders ausgedrückt, der Staat schafft Geld, indem er z.B. neue Geleise baut oder die AHV subventioniert, und die

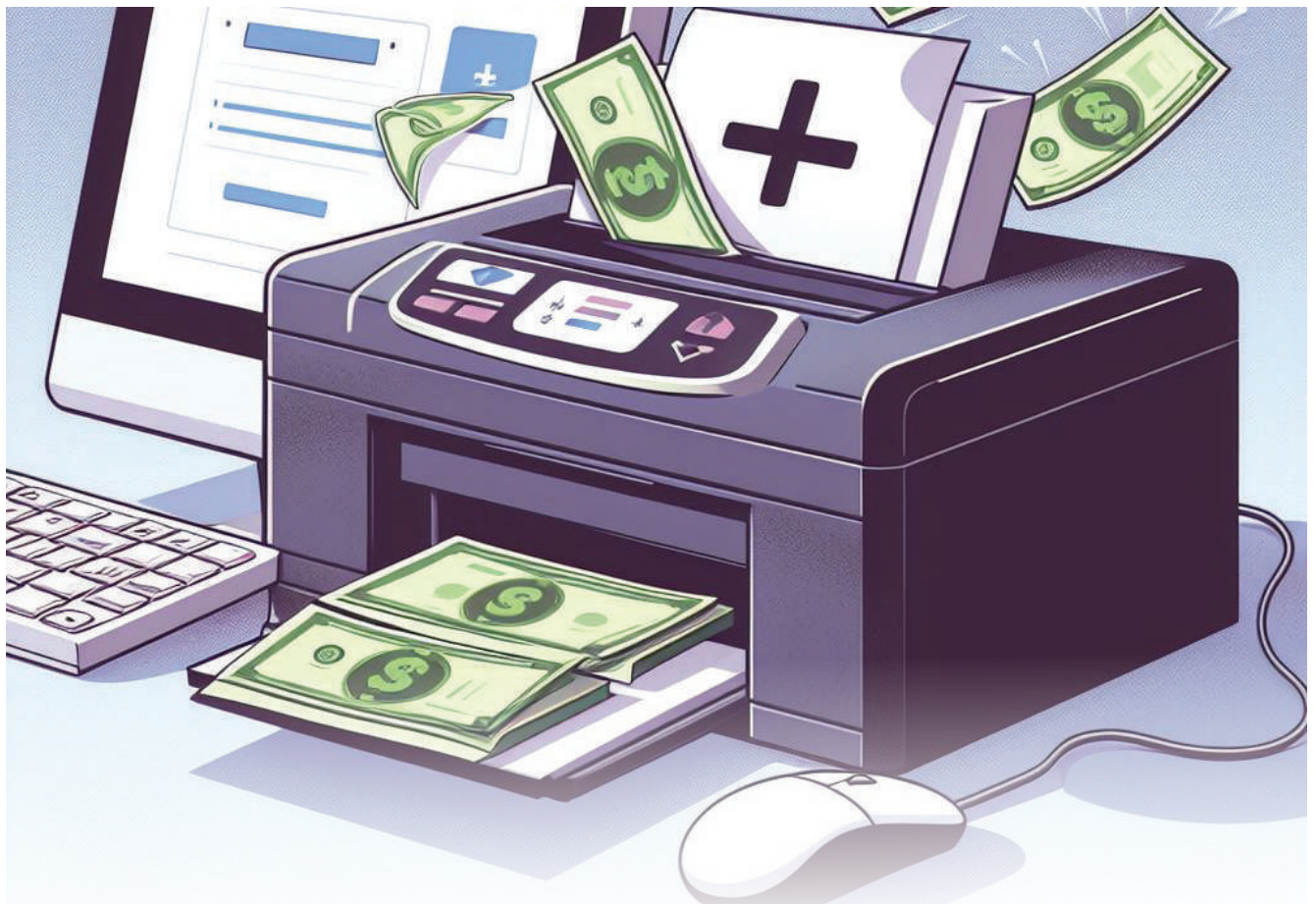
Zentralbank anweist, das dazu benötigte Geld zu erschaffen.¹ Der Staat muss also nicht vorgängig Steuern einnehmen, bevor er Geld ausgibt. Im Gegenteil: Über Steuern wird dieses Geld wieder aus dem Umlauf genommen und vernichtet (mehr dazu weiter unten). Der Staat macht also eigentlich das Umgekehrte von dem, was eine Privatperson macht: Er gibt Geld aus, das es vorher noch gar nicht gab und vernichtet es danach wieder. Doch wie ist das möglich?

Die Modern Monetary Theory (MMT, deutsch: moderne Geldtheorie) liefert eine Erklärung auf diese Frage. Zumindest für Staaten, die eine eigene sogenannte Fiat-Währung und auch ihre Staatsschulden hauptsächlich in dieser Währung haben. Fiat-Währung bedeutet, dass es keine realen Dinge gibt, die dem Geld ihren Wert geben, wie z.B. früher oft die Goldreserven der Zentralbank. Nur der Staat als Währungsmonopol garantiert dafür, dass das Geld auch einen Wert hat und kann neues Geld per Tastendruck an einem Computer der Zentralbank erzeugen. Wir haben uns als Gesellschaft darauf geeinigt, dass das Geld unabhängig von realen Dingen einen Wert hat. Der Schweizer Franken ist z.B. so eine Fiat-Währung, wie auch der US-Dollar, das Britische Pfund und weitere.

Geld hat an sich keinen intrinsischen Gebrauchswert. Es taugt nur sehr mittelmässig, um ein Feuer zu machen, es gibt deutlich angenehmeres (und sicherlich saubereres) Toilettenpapier und als Lektüre wird es spätestens nach ein paar Minuten langweilig. Wirklich interessant an Geld ist, was dagegen eingetauscht werden kann, von Nahrung über Obdach bis zu Unterhaltung. Dass wir in der Schweiz dafür Schweizer Franken verwenden und nicht ein anderes Zahlungsmittel, liegt daran, dass wir sie auch benötigen, um damit unsere Steuern zu bezahlen. Und genau das ist, laut den Vertreter:innen der MMT, auch der eigentliche Sinn von Steuern: Steuern verleihen einer Währung Wert, indem sie eine Nachfrage danach erzwingen.

Der Staat verlangt also Steuern, die zwingend in seiner Währung bezahlt werden müssen. Als steuerpflichtige Person gibt es nun keine andere Wahl, als irgendwie an eine genügend grosse Menge dieser Währung zu kommen, um damit Steuern bezahlen zu können. Die Währung wird somit also zu etwas Begehrtem, wird wertvoll. Und da es

1 Tatsächlich können auch Privatbanken Geld schaffen, indem sie Darlehen ausstellen. Das Geld verschwindet dann, sobald die Schulden durch Vermögenswerte aus der Realwirtschaft (bspw. Einnahmen aus Unternehmen, dass durch das Darlehen gegründet wurde) bezahlt wird. Geld wird grundsätzlich von Banken erschaffen, indem eine Art buchhalterisches Minus erzeugt wird. Privatbanken sind allerdings verpflichtet, das Geld, das sie geschaffen haben, bar auszahlen zu können, und bei Interaktionen mit der Regierung müssen sie in der jeweiligen Landeswährung bezahlen. Somit stehen auch Privatbanken letztlich unter dem staatlichen Währungsmonopol.



nun einen Wert hat, kann es auch gegen andere Dinge getauscht werden, die Wert haben. Steuern dienen somit gar nicht der Finanzierung der Staatsausgaben. Im Gegenteil, sie vernichten das herausgegebene Geld wieder und dienen nur dazu, die Geldmenge zu kontrollieren und dem Geld einen Wert zu verleihen.

Wie kann dem Staat das Geld ausgehen?

Der Staat kann also neues Geld aus dem Nichts erschaffen. Vor allem, seit der Grösste Teil des Geldes in virtueller Form vorliegt, ist das extrem simpel und bedarf nur ein paar Tastendrucke. Weshalb drücken wir also nicht einfach ein paar Tasten und finanzieren damit gratis Kinderkrippen für alle, gratis ÖV für alle, günstige Mieten für alle usw.? Ein Gegenargument, das sofort kommen wird, ist Inflation. Wenn zu viel Geld da ist, wird es weniger wert. Ein beliebtes Beispiel dafür ist die Weimarer Republik zwischen den Weltkriegen, die 1923 von einer Hyperinflation heimgesucht wurde. Der Grund dafür sei, dass das vom 1. Weltkrieg verwüstete Deutschland zu viel Geld produziert habe, um den Wiederaufbau zu finanzieren. Phil Armstrong und Warren Mosler (der «Urvater der MMT») argumentieren in ihrem Artikel «Weimar Republic Hyperinflation through a Modern Monetary Theory Lens» jedoch, dass die Inflation, also die Entwertung des Geldes, zuerst gekommen sei und unter anderem durch Währungsspekulationen ausgelöst worden sei. Da die Weimarer Republik mit den Zerstörungen des Krieges und den Strafzahlungen an die Alliierten nicht viel Spielraum hatte, sei halt mehr Geld produziert worden, um weiterhin bezahlen zu können. Dies habe dann zu mehr Inflation geführt, aber nur, da das System ohnehin schon instabil gewesen sei.

In einem stabilen Finanzsystem habe mehr Geld hingegen

nicht automatisch Inflation zur Folge. Der tatsächliche Hauptgrund für die Inflation sei ein Preisanstieg, ohne dass die Löhne damit Schritt halten. Die Preise können aus verschiedenen Gründen steigen, z.B. weil die Materialien für eine Ware knapp sind, oder weil Unternehmen Preise künstlich hinauftreiben, also ohne erhöhte Kosten einfach mehr Geld für ihre Waren/Dienstleistungen verlangen, um mehr Profit zu machen. Die Unternehmen erklären dies z.B. wiederum mit der Knappheit von Materialien oder erhöhten Lohnkosten, obwohl bei genauem Hinsehen weder das eine noch das andere der Fall ist. Das Widersprüchliche daran ist, dass die Inflation als Grund für die erhöhten Kosten angeführt wird, obwohl die erhöhten Preise diese Inflation überhaupt erst auslösen.

Die Geldmenge an sich ist also nicht das Problem. Der Staat muss nicht mit seinem Geld sparen, die Staatsschulden müssen nicht reduziert werden. Wenn Politiker:innen davon reden, dass wir «verantwortlich mit unseren Finanzen umgehen müssen», lenken sie damit – ob wissentlich oder weil sie das selbst glauben – von den eigentlichen Problemen ab. Als Staat um jeden Preis Geld zu sparen ist nicht nur unnötig, sondern schlecht. Denn wie wird das Geld gespart? In der Regel mit der Kürzung von Sozialleistungen.

Ist die Lösung also einfach mehr Geld zu schaffen?

Ganz so einfach ist es leider nicht. Zwar ist die Geldmenge kein Hindernis, diese kann ohne Mühe ins Unendliche erhöht werden. Aber nur weil ein Staat unendlich Geld hat, kann er z.B. nicht unendlich viele Züge und Gleise produzieren. Die echte Grenze ist die sogenannte Realwirtschaft, also die Begrenztheit der vorhandenen Ressourcen an Arbeitskraft

und Material, die in einem Staat physisch vorhanden sind. Es können also so viele Züge und Geleise produziert werden, wie es die nötigen Materialien und Arbeiter:innen dafür gibt.

Der Knackpunkt in unserem gegenwärtigen System besteht aber nun darin, dass Roh- und Werkstoffe und Arbeit nicht nach dem Bedarf der Gesellschaft eingesetzt und investiert werden. In unserem kapitalistischen Wirtschaftssystem werden die Ressourcen der Realwirtschaft so verteilt, dass für mehr Geld mehr Ressourcen erworben werden können. Wer mit den Ressourcen die grössten Profite macht, kann danach mit noch mehr Ressourcen noch mehr Profite machen. Wenn also ein umweltschädliches Auto mehr Profit macht als ein umweltfreundlicherer Zug, so werden in diesem System mehr Autos als Züge produziert. Wenn mit Öl mehr Profit gemacht werden kann als mit erneuerbaren Energien, wird mehr Öl verkauft. Ob die bereits jetzt spürbare Klimakatastrophe damit noch mehr angefeuert wird, bleibt für dieses System der Profitsteigerung immer untergeordnet. Die Klimakatastrophe muss künstlich zu einem für dieses System relevanten Faktor gemacht werden, in dem z.B. Verbote für Benzinmotoren und Ölheizungen erteilt werden, oder indem über staatliche Subventionen erneuerbare Energien profitabler gemacht werden.

Was ist das echte Problem?

Die Geldmenge ist es also nicht. Das Problem ist, wie das Geld eingesetzt wird, um die Realwirtschaft zu steuern – oder eben nicht zu steuern. Liberale Geldpolitik bedeutet, dass Regulierungen abgebaut werden und die Märkte möglichst frei sein sollen. So würden die Marktteilnehmer nach der liberalen Idealvorstellung unter dem Einfluss von Angebot und Nachfrage gemeinsam dafür sorgen, dass Ressourcen möglichst effizient genutzt und Bedürfnisse möglichst angemessen befriedigt werden. Tatsächlich aber garantieren die hochgepriesenen «freien Märkte» der liberalen Politiker:innen und Unternehmen in keinsten Weise, dass eine möglichst optimale Profitmaximierung für die Kapitalist:innen auch zu einem möglichst optimalen Ressourceneinsatz für die Konsument:innen führt. Für den Rest der Menschheit ist das nicht nur suboptimal, da die Ressourcen für sinnvollere Dinge eingesetzt werden könnten. Es ist für sie eine denkbar schlechte Art zu wirtschaften, da ihnen Ressourcen vorenthalten werden und gar nicht zur Verfügung stehen, auch nicht in einer suboptimalen Form (z.B. indem die Preise für Mieten steigen, weil das vorhandene Geld für Immobilienspekulationen und Renovationen zum reinen Zweck der Preiserhöhung eingesetzt wird, z.B. durch die Pensionskassen), oder Ressourcen für Dinge eingesetzt werden, die den Menschen aktiv schaden, wie die Zerstörung der Natur.

Das Geld an sich ist nicht schlecht. Es kann als Steuerungsmittel für die Realwirtschaft durchaus nützlich sein. Eine Geldpolitik, die dem MMT-Ansatz folgt, ist der Versuch einer Steuerung der Entstehung und des Einsatzes von Geld nach anderen Gesichtspunkten als immer höherer Profit und Marktwachstum. Indem die Entstehung und der Einsatz von Geld zum tatsächlichen Monopol eines demokratischen Staates würde (private Geschäftsbanken würden kein Geld

schaffen durch Darlehen und auf dem Finanzmarkt würde nicht auch noch Profit auf den Verkauf dieser Schuldtitel gemacht), könnten Investitionen auf tatsächliche Bedürfnisse einer Gesellschaft ausgerichtet werden. Denkbar wäre z.B. ein Programm um Häuser ohne Mieterhöhungen energetisch zu sanieren. Dies würde den Energieverbrauch senken und Arbeitsplätze schaffen.

Optimalerweise wird dabei der Einsatz der vorhandenen Ressourcen zentral koordiniert und für das Wohl der Menschen optimiert. Dass zentralisierte Koordination sinnvoll ist, ist in der Privatwirtschaft dabei auch keineswegs umstritten: innerhalb der grossen Unternehmen gibt es in der Regel keine untereinander konkurrierenden Abteilungen oder Subunternehmen nach dem Prinzip einer freien Marktwirtschaft. Die Ressourcen des Unternehmens werden in der Regel zentral verwaltet. Gegen eine zentralisierte Koordination ist die Privatwirtschaft nur auf Staatsebene, da sie dadurch nicht mehr ihre Profite maximieren können.

Wie effizient diese zentralisierte Planung innerhalb grosser Unternehmen ist, variiert stark. Durch strikte Hierarchien wird oft vieles verschlechtert, da Vorgesetzte ohne Ahnung von den genauen Bedürfnissen vor Ort Entscheidungen treffen. Eine zentralisierte Planung auf Staatsebene muss deshalb möglichst genaue Informationen vor Ort einholen, idealerweise in basisdemokratisch verwalteten Betrieben, in denen die Arbeiter:innen den Ressourcenbedarf einschätzen, die direkt damit arbeiten und sich auskennen.

Fazit

Einem Staat mit Fiat-Währung wie der Schweiz kann das Geld nicht ausgehen. Die Grenzen für die Produktion von Waren und Dienstleistungen sind in der Menge an vorhandenen Ressourcen begründet: Eine kapitalistisch organisierte Wirtschaft, in der eine liberale Geldpolitik vorherrscht, wird immer nach der Profitmaximierung als eigentlichem Ziel der Wirtschaft handeln. Der Preis dafür sind das Allgemeinwohl und die Zerstörung der Umwelt. Geld an sich ist aber nicht das Problem. Denn es könnte problemlos weiterhin zur Steuerung der Wirtschaft benutzt werden. Diese Steuerung muss aber als oberstes Ziel das Allgemeinwohl haben. Ein wichtiger Schritt dazu ist eine staatlich zentralisierte Koordination mit Fokus auf die Optimierung des Ressourceneinsatzes. Mit den heutigen Informationstechnologien sind diese riesigen Datenmengen durchaus zu bewältigen. Und selbst wenn der Optimierungsgrad zu Beginn noch gering wäre (während einem Übergang vom kapitalistischen System zu einem sozialistischen vermutlich unvermeidbar), wäre es sicher von Anfang an besser als das aktuelle System, das dem Allgemeinwohl aktiv schadet. Eine auf der MMT basierende Geldpolitik wäre womöglich auch eine realistische Methode, innerhalb unserer bestehenden Wirtschaftsstrukturen konkrete und dringende nötige Übergangsschritte zu einem sozialistischen System der Wirtschaft einzuleiten, wenn die bestehenden Strukturen nicht von heute auf morgen komplett umgekrempelt werden können.



ARBEITSVERHÄLTNISSE

Arbeitskämpfe in der Schweiz

Welche Schritte und Initiativen können unternommen werden, um das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit im aktuellen politischen und sozialen Kontext zugunsten der Lohnabhängigen zu verändern? Konkrete Antworten auf diese Frage zu finden, ist seit jeher ein zentrales Anliegen unserer Organisation. Analysen der aktuellen Situation finden sich im Dossier «Aktuelles zu Arbeitsverhältnissen in der Schweiz» von IRES.

von Urs Zuppinger (MPS Romandie)

Mit der fortschreitenden Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit zu Ungunsten der Lohnabhängigenklasse auf allen Ebenen der Auseinandersetzung wird es immer schwieriger, die richtige Strategie im Klassenkampf zu finden. In der Schweiz ist die kollektive Mobilisierung der Lohnabhängigen extrem schwierig, da sie seit Jahrzehnten durch den Arbeitsfrieden behindert wird. Um bei den Überlegungen zu diesen Fragen über Allgemeinplätze hinauszugehen, sind konkrete Kenntnisse über den Zustand und die Dynamik der Arbeitsbeziehungen in den Unternehmen, Wirtschaftszweigen oder Regionen, für die man sich interessiert, unerlässlich. Dieses Wissen ist in der Schweiz besonders schwer zu sammeln.

Dossier: «Aktuelles zu Arbeitsverhältnissen in der Schweiz»

Angeichts dieser Umstände ist das Dossier «Actualité des relations de travail en Suisse» («Aktuelles zu Arbeitsverhältnissen in der Schweiz») zu begrüßen, das in der internationalen Chronik Nr. 181 vom März 2023 von IRES, dem Wirtschafts- und Sozialforschungsinstitut der französischen Gewerkschaften, erschienen ist. Es berichtet auf wenigen Seiten über den aktuellen Stand der kollektiven Arbeitsbeziehungen in der Schweiz und enthält vier Beiträge. Es ist ein Dossier, das im Detail studiert werden sollte, da die darin enthaltenen Informationen und die begleitenden Überlegungen eine wertvolle Hilfe bei der Auseinandersetzung mit dem Thema bieten. Worum geht es in den vier Beiträgen?

Einleitung: Die Auswirkungen der zunehmend ungünstiger werdenden Arbeitsbeziehungen für Lohnabhängige in der Schweiz auf die Gewerkschaftsbewegung

von Aris Martinelli

Der erste Beitrag skizziert den Kontext und dessen Entwicklung, indem er zunächst die Grundsätze darlegt, die die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit in der Schweiz auf den drei Ebenen regeln, in die sie sich gliedern.

- die gesetzliche Ebene, die Gegenstand der politischen Debatte und der Lobbyarbeit ist,
- die Ebene der Gesamtarbeitsverträge, deren Anerkennung durch die Parteien in diesem Land von der Verpflichtung zur Einhaltung des Arbeitsfriedens abhängig ist,
- die Ebene der Unternehmen, auf der die Unternehmer:innen mit den Lohnabhängigen (die durch Personalausschüsse mit unterschiedlichem Status vertreten sind, der mit den Gewerkschaften ausgehandelt wird oder nicht), über die Anwendung des Arbeitsrechts und der Gesamtarbeitsverträge (GAV) verhandeln.

Der Autor ist der Ansicht, dass dieses System nach dem Zweiten Weltkrieg mehrere Jahrzehnte lang relativ gut funktioniert hat: allerdings im Interesse der Unternehmer:innen, während den Lohnabhängigen nur Brosamen blieben. Er stellt dann fest, dass die Unternehmer:innen die Rezession der 1990er Jahre nutzten, um über die be-

stehenden institutionellen Kanäle neoliberale Reformen durchzusetzen, die zu einer erheblichen Schwächung der Gewerkschaften führten: sowohl in Bezug auf die Mitgliederzahl als auch die Präsenz in den Betrieben.

Die Gewerkschaftsführungen passten sich der Situation an, indem sie sich von der betrieblichen Ebene abwandten und stattdessen in den Medien auftraten, die politische Debatte anregten und ihre Schwäche durch die Lancierung von Volksinitiativen und Referenden verschleierten. Ihre Anerkennung in den Medien hat zugenommen, aber die gewerkschaftliche Präsenz in den Betrieben ist ausserhalb des öffentlichen und halböffentlichen Dienstes praktisch verschwunden. Kollektive Konflikte an den Arbeitsplätzen sind nicht verschwunden, aber sie waren selten und nahmen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Form von punktuellen, manchmal spektakulären Streiks wie 2008 bei den Officine (SBB-Werkstätten in Bellinzona) oder von zeitlich begrenzten sektoralen Kampfbewegungen an. Darüber hinaus hatten diese Kämpfe keine Auswirkungen auf die Gewerkschaftsdynamik insgesamt, die weiterhin durch die Beteiligung an der Verwaltung von Gesamtarbeitsverträgen unter strikter Einhaltung des Arbeitsfriedens bedingt bleibt. Diese Tätigkeit sichert den Gewerkschaftsapparaten das Überleben. Aber die Mehrheit der heutigen Lohnabhängigen hat aufgehört, sich mit den Gewerkschaften als Mittel zur kollektiven Verteidigung ihrer Interessen zu identifizieren.

Die Herausforderungen der Arbeitszeitflexibilisierung in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie

von Aris Martinelli

Der zweite Beitrag befasst sich mit der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie, die für die Schweizer Wirtschaft eine zentrale Rolle spielt. Er beschreibt detailliert, wie es den Unternehmer:innen dieser Branche in der Schweiz in den letzten 35 Jahren gelungen ist, die Wochenarbeitszeitregelung durch die Jahresarbeitszeitregelung zu ersetzen und gleichzeitig einen immer grösseren Teil der Produktion ins Ausland zu verlagern. Er zeigt auf, dass die Unternehmer:innen ihre Offensive bei jedem Konjunkturabschwung vorangetrieben und dafür gesorgt haben, dass jede Veränderung in Form von entsprechenden Änderungen des in der Branche geltenden Gesamtarbeitsvertrags festgeschrieben wurde. Jeder Angriff der Unternehmer:innen wurde so zu einer Verhandlung zwischen den Sozialpartnern.

Die Verpflichtung, den absoluten Arbeitsfrieden einzuhalten, nahm den Lohnabhängigen jede Möglichkeit, ihre kollektive Stärke zu nutzen, um den Strategien der Unternehmer:innen zur Profitmaximierung entgegenzuwirken. Die Niederlagen, die den Lohnabhängigen in diesem Sektor zugefügt wurden, ermöglichten es den Schweizer Unternehmer:innen, parallel dazu ähnliche Veränderungen in anderen Wirtschaftssektoren vorzunehmen. Der Wert dieses Beitrags liegt in der Genauigkeit der gelieferten Informationen. Es liegt an den Aktivist:innen und kämpferischen Lohnabhängigen, die strategischen Lehren daraus zu ziehen!



« 1200 «Zustellexpert:innen» werden von 70 Subunternehmen von Geopost (vormals DPDgroup) beschäftigt, einem Privatunternehmen, an das die Post die Leistung ausgelagert hat.

Verzicht auf Arbeitszeiterfassung: Welche Massnahmen zum Schutz der Gesundheit? **von Nicola Cianferoni**

Der dritte Beitrag ist einer Neuerung gewidmet, die auf den ersten Blick nebensächlich erscheinen mag: Die Pflicht zur Kontrolle der Arbeitszeit wurde in der Schweiz 2016 für Lohnabhängige gelockert, die ein Jahresgehalt von mehr als 120.000 Franken pro Jahr einschliesslich eventueller Prämien erhalten und über ein hohes Mass an Autonomie bei der Organisation ihrer Arbeit verfügen. Um gültig zu sein, muss diese Lockerung in einem Gesamtarbeitsvertrag verankert sein, der die Modalitäten der Umsetzung festlegt (darunter die Verpflichtung, die schriftliche Zustimmung der betroffenen Lohnabhängigen einzuholen, und die Verpflichtung, den Verbänden, die den Gesamtarbeitsvertrag unterzeichnet haben, die Unternehmensentscheidungen mitzuteilen).

Die Relevanz dieses Beitrags ist zunächst weniger offensichtlich als diejenige der anderen, da er sich auf Beschäftigte im oberen Segment bezieht. Er zeigt jedoch auf anschauliche Weise, dass GAV-Verhandlungen in der Schweiz für die Lohnabhängigen ein Kuhhandel sind: Denn die Forderung, die sich im Laufe der Verhandlungen durchsetzte, wurde von der Unternehmer:innenseite gestellt. Die Gewerkschaften erhielten im Gegenzug Garantien und Kontrollmassnahmen, auf die sie keinen Einfluss haben, da sie in den Bereich des Personalmanagements fallen. Dieses fällt nämlich in den Unternehmen unter das Monopol der Unternehmer:innen.

Die Verankerung von Umsetzungsmodalitäten in einem GAV ist daher im Konfliktfall für die betroffenen Lohnabhängigen ohne praktischen Nutzen.

Die Kämpfe der prekär Beschäftigten in der Logistik: das «DPD-System» **von Nicola Pons-Vignon und Enrico Borell**

Der vierte Beitrag ist von anderer Art. Er wurde von Gewerkschaftern verfasst und befasst sich mit der Paketzustellung, einem Sektor, der unter dem Einfluss des Online-Handels schnell wächst. Zwischen 2020 und 2022 haben die Beschäftigten, die für die letzte Meile der Zustellung zuständig sind, es geschafft, einen kollektiven Kampf aufzunehmen, obwohl ihre Arbeitsbedingungen besonders hart sind. Der Verlauf und die Ergebnisse dieses Kampfes sind bezeichnend für die Probleme, mit denen diejenigen konfrontiert sind, die die Beschäftigten im aktuellen Kontext in der Schweiz zu mobilisieren versuchen. Bis Ende der 1990er Jahre war die Post ein öffentlicher Dienst. Die Zustellung von Paketen wurde von Briefträger:innen übernommen, oder anders gesagt, von angesehenen Lohnabhängigen mit relativ guten Arbeitsbedingungen. Die Schweizerische Post ist heute aber eine öffentlich-rechtliche Aktiengesellschaft, die einer strengen Kostenkontrolle unterliegt. Diese Anforderung kann auf dem letzten Kilometer der Paketzustellung nicht eingehalten werden, da der Zeitaufwand in diesem Stadium von den Unwägbarkeiten des Strassenverkehrs abhängt, weshalb diese Leistung ausgelagert wurde...

Die 1200 «Zustellexpert:innen», die diese Leistung derzeit erbringen, werden von 70 Subunternehmen von Geopost (vormals DPDgroup) beschäftigt, einem Privatunternehmen, an das die Post die Leistung ausgelagert hat. Das Volumen ihrer Arbeit und das Tempo werden jedoch von Geopost verwaltet und diktiert. Geopost spielt die Subunternehmer gegeneinander aus, um immer kürzere Fristen zu erreichen. Geopost ist eine Holdinggesellschaft der französischen Gruppe La Poste, die sich zu 100 % im Besitz des französischen Staates befindet. Das eingeführte System ist offensichtlich darauf ausgelegt, die Beschäftigten dazu zu zwingen, die Unwägbarkeiten der Dienstleistung allein zu tragen. Die Löhne sind niedrig, die Arbeitszeiten unberechenbar, eine Arbeitsplatzsicherheit nicht vorhanden und die gewerkschaftliche Organisation äusserst schwierig.

Dennoch gelang es der Unia im Jahr 2020, 150 Beschäftigte zu organisieren und gemeinsam mit ihnen einen Forderungskatalog für einen Gesamtarbeitsvertrag zu verfassen. 300 Beschäftigte unterzeichneten den Vertrag, aber Geopost weigerte sich, Verhandlungen mit der Unia aufzunehmen. Ausserdem wurden die Beschäftigten, die den Kampf angeführt hatten, entlassen. Geopost gelang es dann, Verhandlungen mit Syndicom und Transfair auf der Grundlage eines selbst erstellten GAV-Entwurfs aufzunehmen und abzuschliessen, der heute in Kraft ist. Und Geopost ermutigt die Beschäftigten der 70 Subunternehmen, die für Geopost arbeiten, diesen Gewerkschaften beizutreten. Letztendlich haben die Beschäftigten einige Verbesserungen erreicht, aber die Gesamtbilanz bleibt bitter.

Diese Beiträge verdienen unsere Aufmerksamkeit

Erstens, weil Darstellungen der Realität der Arbeitsbeziehungen zwischen Unternehmer:innen und Lohnabhängigen, die nicht den Standpunkt der Unternehmer:innen widerspiegeln, in der Schweiz selten sind. Denn sie sind aus einem offensichtlichen Grund schwer zu erstellen: Nach 100 Jahren Arbeitsfrieden haben die Gewerkschaften bis auf wenige Ausnahmen jeglichen Einfluss auf die Organisation der Lohnabhängigen in den Unternehmen verloren. Sie haben daher Mühe, an die Informationen zu gelangen, die für das Verständnis der Realität und der konkreten Entwicklung der Ausbeutungsverhältnisse notwendig sind, denen ihre Mitglieder unterworfen sind. Diese Beziehungen vertiefen und verfeinern sich jedoch ständig im Rahmen der Entwicklung des Managements der sogenannten «Humanressourcen» durch die Unternehmer:innen.

Will man diese Entwicklung über das Verständnis des Einzelfalls hinaus erfassen, muss man sich folglich auf statistische Ansätze und rechtliche Analysen konzentrieren, die von Unternehmer:innenkreisen und den ihnen dienenden Wirtschaftswissenschaftler:innen nach Herzenslust betrieben werden, oder sich auf Felduntersuchungen stützen, deren Durchführung vom Wohlwollen der Unternehmer:innen abhängt, was den Interpretationsspielraum der Ergebnisse einschränkt. Die ersten drei Beiträge gehen diesen Weg, zeichnen sich aber durch einen Interpretationswinkel aus,

der sich entschieden von der Unternehmer:innenperspektive unterscheidet. Sie leiden auch nicht unter der Verzerrung der von den Gewerkschaften gelieferten Analysen, die dazu neigen, die Schlussfolgerungen so zu drehen, dass ihr geringer Einfluss auf die Geschehnisse in den Unternehmen kaschiert wird. Der letzte Beitrag befasst sich mit einem kürzlich aufgetretenen kollektiven Arbeitskonflikt, der in jeder Hinsicht bezeichnend für die schwierigen Bedingungen ist, die den Klassenkampf in der Schweiz derzeit prägen.

Es ist wichtig, diesen Umstand anzuerkennen und zu versuchen, daraus Konsequenzen zu ziehen

Die Strassenmobilisierungen der Jugend, die ihre Verzweiflung über die Klimakrise zum Ausdruck bringen, die der Frauenbewegung und die von den Gewerkschaften initiierten Mobilisierungen, wie zuletzt die nationale Kaufkraftdemonstration des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes am 16. September in Bern, sind wichtig, da sie die Wut zum Ausdruck bringen, die sich in der arbeitenden Bevölkerung aufstaut. Die Unternehmer:innen und die Schweizer Bourgeoisie zeigen sich davon jedoch wenig beeindruckt, da man dort weiss, dass der Klassenkampf unter Kontrolle ist, solange der von den Unternehmer:innen kontrollierte Arbeitsfrieden in den Betrieben eingehalten wird. Diese Blockade veranlasst einen Teil der radikalisierten Kreise, einen Ausweg auf sanfteren Wegen zu suchen. In der Westschweiz hat sie einen Teil der Klimabewegung dazu veranlasst, «Agissons» zu gründen, eine militante Gruppe, die sich auf die Lancierung von Volksinitiativen konzentriert und damit einen Weg einschlägt, den die Gewerkschaftsbewegung seit Jahrzehnten beschreitet, um sich Gehör zu verschaffen, obwohl der Arbeitsfrieden es ihnen verbietet, die Lohnabhängigen an den Arbeitsplätzen zu mobilisieren – mit den bekannten mässigen Ergebnissen. Ich bin deshalb davon überzeugt, dass diese Optionen zu nichts führen.

Es ist etwas Ungewöhnliches, dass die BFS in der aktuellen Situation in der Schweiz existiert und dass wir in mehreren Kantonen über eine zwar kleine, aber unbestreitbare Interventionskapazität verfügen, mit einer gewissen Wirkung bei der Jugend in der Deutschschweiz und als kleine, anerkannte politische Kraft im Tessin. Das ist motivierend. Hingegen ist es meiner Meinung nach nicht zulässig, dass heute die Arbeitswelt kein zentraler Gegenstand der Interventionen der BFS ist. Die Offensive der Unternehmer:innen ist im Gange und ihre Verschärfung vorprogrammiert. Wir dürfen uns vor dieser Herausforderung nicht drücken! Unsere Organisation muss sich zentral mit der Frage auseinandersetzen, was zu tun ist, um dazu beizutragen, dass die Lohnabhängigen in diesem Land wieder die Fähigkeit erlangen, ihre Interessen am Arbeitsplatz zu verteidigen. Diese Aufgabe ist in der gegenwärtigen Situation zwar extrem schwierig, aber wir müssen sie angehen, denn niemand wird sie für uns erledigen, und ich bin überzeugt, dass wir heute über die Ressourcen verfügen, um in diesem Interventionsfeld Schritte nach vorne zu machen.



ARGENTINIEN

Polo Obrero

Erwerbslose organisieren sich

Die organisierte Arbeiter:innenschaft, darunter die Erwerbslosenbewegung, war allen bisherigen Regierungen Argentiniens ein Dorn im Auge. Mit der Wahl des rechtsextremen und wirtschaftslibertären Javier Milei zum argentinischen Präsidenten wird sich die Repression der Lohnabhängigenklassen weiter verschärfen. Umso wichtiger ist es, sich als Lohnabhängigenklasse selbstständig zu organisieren. Der Polo Obrero gibt uns als bewegungsnahe Organisation, die in der Bewegung der Erwerbslosen Argentiniens aktiv ist, einen Einblick in die Mobilisierung desjenigen Teils der argentinischen Lohnabhängigenklasse, der über keinen Arbeitsplatz mehr verfügt, um sich dort zu organisieren.

Interview mit Eduardo Belliboni (Polo Obrero); von João Woyzeck (BFS Zürich)

Was versteht man unter einem Piquetero oder einem Piquete?

Eduardo: Das Wort Piquete, Deutsch für Streikposten, kommt daher, wie sich die Arbeiter:innenklasse historisch gesehen gegen die Carneros (Streikbrecher:innen) wehrte. Der Streik war die klassische Methode, um als Arbeiter:innenklasse für unsere Rechte und Forderungen einzutreten und um gegenüber den Carneros unsere Einheit aufrechtzuhalten: Die Versammlungen stimmen über die Massnahmen ab und alle müssen sich daran halten. Sollte das jemand nicht tun, wird eine Streikpostenkette vor den Betriebstoren aufgezogen, um den Streikbrecher:innen klarzumachen, sie

sollen den Betrieb verlassen und nach Hause gehen.

Piquetes bedeuten für die Erwerbslosenbewegung Argentiniens aber auch etwas ganz Besonderes: Am Arbeitsplatz wird mit einem eigentlichen Streik die Produktion lahmgelegt. Doch welche Produktion kann ein:e Erwerbslose:r lahmlegen? Erwerbslose können die Produktion dadurch lahmlegen, dass sie massive Streikposten aufstellen, um die wichtigsten nationalen Strassen des Landes zu blockieren und die Geschäftsbewegungen im Warenverkehr oder im Transport von Treibstoff für einen ganzen Tag lahmzulegen. Piquetes werden so zum Schlüsselinstrument, um die Löhne in Argentinien zu verteidigen, denn andernfalls müsste die

Masse von Erwerbslosen ihre Arbeitskraft zu jedem Preis verkaufen, weil sie wieder Arbeit brauchen.

Wie kann man sich die innere Struktur und Funktionsweise der Erwerbslosenbewegung vorstellen?

Zunächst einmal gibt es in Argentinien mehr als 100 Piquetero-Organisationen. Und alle haben ihre eigene Politik, ihre eigene Ausrichtung. Es gibt einen ganzen Block – die Oficialistas –, welcher die Regierung des Präsidenten Alberto Fernandez und der Vizepräsidentin Cristina Kirchner unterstützt hatte (2003- 2015). Es gibt aber auch andere Gruppen, zu denen auch wir gehören. Wir sind nämlich unabhängig von der Regierung, sowohl von dieser Regierung als auch von der vorangehenden unter Mauricio Macri (2015- 2019).

Der Polo Obrero mobilisiert und organisiert die Erwerbslosen, um sie durch ein gemeinsames Programm und mittels direkter Aktionen als Masse zu vereinen. Unser Ziel ist es, eine Bewegung mit einem politischen Bewusstsein zu entwickeln, die in der Lage ist, die Macht zu übernehmen, also eine Massenbewegung mit sozialistischen Bannern zu entwickeln: Eine Bewegung, die in den Gewerkschaften, unter den Erwerbslosen und in der Student:innenbewegung verankert ist, um diese Gruppen über ein gemeinsames Programm für eine Arbeiter:innenregierung in Form von Arbeiter:innenräten zusammenzubringen.

Es ist unerlässlich, dass man die Piquetero-Bewegung als Teil einer Bewegung der gesamten Lohnabhängigenklasse gemeinsam mit den Angestellten versteht und vorantreibt. Tatsächlich gelingt dieses Zusammendenken als verschiedene Facetten derselben Klasse auch. Das sieht man zum Beispiel beim aussergewöhnlichen Kampf der Reifenarbeiter:innen durch die Gewerkschaft Sindicato Único de Trabajadores Tires. Sie haben gemeinsam mit der Piquetero-Bewegung die Arbeitsplätze der Gewerkschaftsarbeiter:innen verteidigt, als die Bosse die Nachtschicht für 400 Angestellte abschaffen wollten. Dank der Aktionseinheit zwischen der Piquetero-Bewegung und der Gewerkschaft wurde dieser Kampf gewonnen. Die Mehrheit der Gewerkschaften ist allerdings in den Händen der Gewerkschaftsbürokratie, sodass diese Einheit sehr schwer zu erreichen ist und sich nur bei Entlassungen manifestiert, weil die Piquetero-Bewegung sich als erste zur Verteidigung der Arbeiter:innen mobilisiert.

Ist diese Form der Mobilisierung eine pragmatische Anpassung an die Umstände oder steckt auch eine programmatische Idee dahinter?

In gewisser Weise beides, schliesslich rufen die konkreten Bedürfnisse ein Gemeinschaftsleben der Piqueteroorganisationen hervor mit seinen eigenen kulturellen Formen und Ausdrucksformen. Der Widerstand bestimmt die Werte und die Organisation des Viertels oder Stadtteils, in dem sich die Piquetes konzentrieren: es entsteht eine Gesellschaft, in der wir alle die Probleme diskutieren, in der wir alle versuchen, sie zu lösen, und in der wir alle die gleiche Verantwortung haben, diesen Kampf gemeinsam zu organisieren.

Doch wir müssen uns davor hüten, daraus einen Fetisch zu

machen. Denn trotz der eigentümlichen Gemeinschaft in den Piquetero-Kreisen, wo wir unser eigenes Leben, unsere ganz eigene Kultur, unsere ganz eigenen Arbeit haben, glauben wir, dass die Erwerbslosen- und Piqueterobewegung in Einheit mit der ganzen Arbeiter:innenklasse bestehen muss. Sie darf nicht isoliert in einer autonomen anarchistischen Gemeinschaft enden, die nicht auf das schaut, was mit den Arbeiter:innenschaft als Ganzes passiert.

Wie ist es möglich, ohne Strukturen über den Arbeitsplatz stabile Organisationen zu schaffen?

Neben der geschilderten Organisation des Widerstands haben wir auch die Methode der Nachbarschaftsversammlung, die nicht nur das Problem der Erwerbslosigkeit aufgreift, nicht nur das Problem des Streiks für Arbeit thematisiert, sondern auch Probleme wie öffentliche Dienstleistungen, Gesundheitsversorgung oder Bildung miteinbezieht. Das heisst, sie bindet die Erwerbslosen als elementare Nachbarschaftsorganisation. Dazu gehört z.B. die Organisation der Ernährung in der Nachbarschaft, die Versorgung der Kinder etc.

Es gibt in der Geschichte ein ähnliches Beispiel wie dasjenige der Piquetero-Bewegung, auf das ich mich oft beziehe: die Bewegung der Black Panthers in den Vereinigten Staaten, die ein System der sozialen Unterstützung für die Kinder hatten. Denn sie sagten, dass die Kinder von PoC ohne Nahrung nicht in der Lage sein würden, sich in der Schule zu entwickeln. So wächst auch bei uns in der Nachbarschaft ein horizontaler demokratischer Zusammenschluss, der es uns ermöglicht, die Erwerbslosen zu organisieren.

Habt ihr als Erwerbslosenbewegung bereits politische Erfolge erzielt?

Ja, und zwar vor allem ganz materielle Erfolge. Die Leute organisierten sich, um für Lebensmittel zu kämpfen, für Sozialprogramme, die von der Regierung nicht ohne Weiteres gewährt werden. Durch die Piquetes aber haben wir es geschafft, viele Leute in die Sozialprogramme zu bekommen. Dann gibt es den politischen Fortschritt: Zum Beispiel haben viele Genoss:innen, die sich zuvor nicht politisch beteiligt hatten, an den letzten Wahlen teilgenommen. Sie haben so die Militanz der Linken gefördert, indem wir Abgeordnete und Ratsmitglieder innerhalb des Partido Obrero bestellen konnten.¹ Dies ermöglichte es Menschen, die politisch marginalisiert werden, auch, ein politisches Bewusstsein zu entwickeln und politisch eine unabhängige Intervention auszuarbeiten. Viele der Genoss:innen, die wegen der Lebensmittel und des Sozialprogramms dazustiesen, sind jetzt Teil der Arbeiterpartei, des Partido Obrero. Die Arbeiterpartei ist seit der Piquetero-Bewegung stark gewachsen.

1 Der Polo Obrero handelt seit 2019 als oppositionelle und bewegungsnahe Fraktion der Partei Partido Obrero. Denn die offizielle Führung der Partei hat ihre Verbindung mit den Erwerbslosen aufgegeben. Der Polo Obrero aber will dem entgegen weiterhin die bewussten Elemente in den erwerbslosen und prekarierten Massen fördern. Anm. d. Red.

1000 Tage, die die Welt erschütterten

Wie sich die chilenischen Arbeiter:innen unter Allende selbstorganisierten

Vor 50 Jahren putschte das chilenische Militär unter Augusto Pinochet die demokratisch gewählte Regierung von Salvador Allende. Damit setzte es aber nicht nur einer progressiven Regierungspolitik ein blutiges Ende. Unter der Repression, den Verschleppungen und Tötungen endete auch ein intensiver Prozess der Selbstermächtigung der Arbeitenden, die über die Regierungspolitik hinausging. Der Historiker Franck Gaudichaud hat diese Selbstorganisation der Arbeitenden erforscht und erläutert die Widersprüche von Allendes Regierungspolitik.

Interview mit Franck Gaudichaud; von Inprecor.fr

Inprecor: Die Zeit der Unidad Popular (Volkseinheit) bestand nicht nur aus einer linken Regierungspolitik, sondern auch aus einer massiven Mobilisierung der Bevölkerung. Kannst du darstellen, worin dieses Experiment bestand?

Franck Gaudichaud: Das Interessante an dieser Periode ist, dass die grossen Parteien, Gewerkschaftsverbände und politischen Führungen zeitweise die Kontrolle über ihre Basis verloren haben, wie das in allen grossen revolutionären Prozessen geschieht. Allende und die Koalition, die 1970 die Wahlen gewann, setzten auf die Möglichkeit eines friedlichen oder «legalen» Übergangs zum Sozialismus, der sich sowohl von der UdSSR als auch vom bewaffneten Kampf (wie in Kuba) abgrenzte. Er setzte auch darauf, dass die Streitkräfte die Verfassung und das Wahlergebnis respektieren würden.

Das wurde von der damaligen revolutionären Linken, insbesondere der Bewegung der revolutionären Linken (MIR), als «bürgerlicher Reformismus» kritisiert. Während die Regierungskoalition im Parlament eine Minderheit blieb, wurde der institutionelle Rahmen von der Arbeiter:innenbewegung nach und nach überwunden.

Es gab also eine widersprüchliche, dialektische Dynamik zwischen der Regierung und ihrer mobilisierten sozialen Basis, zwischen den grossen Parteien der parlamentarischen Linken und ihren Aktivist:innen. Sie wurden allmählich von den sozialen Kämpfen und Formen der Selbstorganisation in den Armenvierteln und in den Betrieben überholt.

Inprecor: Was brachte die Arbeiter:innen und die Bevölkerung im Allgemeinen dazu, sich irgendwann zu mobilisieren?

Franck Gaudichaud: Die Wahl Allendes zum Präsidenten im Jahr 1970 war nicht das Ende der Kämpfe, sondern die Ausweitung der Kämpfe. Die Arbeiter:innen und Gewerkschafter:innen waren der Meinung, dass die Regierung und vor allem der gesellschaftliche Transformationsprozess verteidigt werden müssen – und zwar mit den Werkzeugen, die den Arbeiter:innen zur Verfügung stehen: Fabrikbesetzungen, Strassendemonstrationen, Selbstverteidigung in den Stadtvierteln etc.

Eines der grossen Projekte der Regierung Allendes war die Verstaatlichung gewisser Unternehmen. Die riesigen Kupfer-



Unter der Regierung von Salvador Allende gab es einen massiven Prozess der Selbstorganisation. Doch die Arbeitenden unterstützten nicht nur den Präsidenten, sondern wollten die von oben eingeläuteten Veränderungen vertiefen und radikalisieren.

ferminen, die sich damals in den Händen grosser multinationaler Konzerne und des Imperialismus befanden, wurden ohne Entschädigung verstaatlicht, genauso wie die grossen Industriemonopole und das Bankensystem. Aber viele Arbeiter:innen arbeiteten nicht in diesen Sektoren, in denen auch ein System der Mitbestimmung vorgesehen war. Sie sagten dann: «Wir wollen auch in verstaatlichten Bereichen arbeiten, das Recht auf Mitbestimmung haben, von besseren Löhnen profitieren und nicht mehr vom Chef abhängig sein.» Und so begannen sie den begrenzten, legalen Rahmen der von der Volkseinheit vorgeschlagenen Reformen zu überschreiten, ihre Betriebe zu besetzen, um deren Verstaatlichung durchzusetzen.

Inprecor: Beginn dieses Phänomen der «Volksmacht» in dem Sektor, der nicht verstaatlicht wurde?

Franck Gaudichaud: In der Tat handelt es sich um eine komplexe Dynamik. Auf der einen Seite waren die grossen Arbeiter:innenhochburgen (z. B. in der verarbeitenden Industrie), die in den verstaatlichten Sektor integriert waren. Dort begannen die linken Arbeitenden nach und nach, die Grenzen des von der Regierung und dem wichtigsten Gewerkschaftsdachverband CUT vorgeschlagenen Systems der Mitbestimmung zu kritisieren. Gleichzeitig wurde in den Unternehmen, die nicht verstaatlicht worden waren, die Forderung nach der Integration in den Staatssektor immer lauter. Mit Demonstrationen, Barrikaden in den grossen Ringstrassen von Santiago oder durch Betriebsbesetzungen setzten die Arbeitenden

die Regierung unter Druck und prangerten die Missstände bei den Arbeitgeber:innen an. Diese Besetzungen fanden zunehmend auch als Reaktion auf Angriffe der Bourgeoisie und der extremen Rechten statt.

Die entscheidende Wende kam im Oktober 1972. Damals kam es zu einer massenhaften Aussperrung durch die Arbeitgeber:innen und einer Blockade des Landes durch die Gewerkschaft der LKW-Fahrenden (die direkt von der CIA finanziert wurde). Die Antwort der Arbeiter:innen bestand darin, zusätzliche Betriebe zu besetzen, die Versorgung der umliegenden Viertel zu unterstützen, alternative Formen des kollektiven Transports zu schaffen usw. So entstanden die sogenannten «Industriegürtel». Das waren horizontale, territoriale Koordinationen, die sich hauptsächlich in den Hauptstrassen am Stadtrand von Santiago befanden, aber in geringerem Umfang auch im gesamten Land zu finden waren. Überall gab es also das gleiche Phänomen der Selbstorganisation und der territorialen Koordination, die dank der Arbeit von Gewerkschafter:innen und Aktivist:innen von unten entstanden ist.

Inprecor: Wie funktionierte ein solcher Industriegürtel?

Franck Gaudichaud: In Santiago gab es mehrere Dutzend solcher Koordinationen. Es gibt eine historiographische Diskussion über die Zahlen, aber es waren mehrere zehntausend Arbeiter:innen beteiligt (etwa 100.000 auf nationaler Ebene).

Diese Industriegürtel entstanden in der Regel auf Initiative von linken Aktivist:innen und Gewerkschafter:innen. In

« Mit Demonstrationen, Barrikaden in den grossen Ringstrassen von Santiago oder durch Betriebsbesetzungen setzten die Arbeitenden die Regierung unter Druck und prangerten die Missstände bei den Arbeitgeber:innen an.

den am stärksten mobilisierten Unternehmen waren sie das Ergebnis echter Arbeiter:innenversammlungen, die einen oder zwei Delegierte in die Versammlung des Industriegürtels wählten. Meine Feldforschung deutet jedoch darauf hin, dass das Bild von «chilenischen Sowjets» relativiert werden muss, da es sich nur um rudimentäre Formen der Doppelherrschaft handelt. Das erklärt auch teilweise die Geschwindigkeit des Staatsstreichs.

Inprecor: *Wie funktionierte die Versammlung der Arbeiter:innen in einer Fabrik? War es eine Generalversammlung aller Arbeiter:innen oder nahm nur ein Teil von ihnen daran teil?*

Franck Gaudichaud: Das unterschied sich von Fabrik zu Fabrik. Es gab zum Beispiel das Unternehmen Yarur, eine Hochburg der Arbeiter:innenklasse, wo der Organisationsgrad so hoch war, dass regelrechte Arbeiter:innenvollversammlungen stattfanden. Diese diskutierten Themen von der Ausrichtung der Produktion in der Fabrik, über den Klassenkampf auf nationaler Ebene, die Beteiligung am Industriegürtel, die Grenzen der Regierungslinien bis hin zur institutionellen Strategie Allendes. In anderen Fabriken war dies eingeschränkter und die Versammlungen umfassten nur die am besten organisierten und klassenbewusstesten Arbeiter:innen, die oftmals dem linken Flügel der Sozialistischen Partei (PS) angehörten.

So bestätigte beispielsweise eine Umfrage in über 30 Unternehmen, dass dort, wo die Christdemokraten oder die Kommunistische Partei (PCC) dominierten, die Beteiligung viel geringer war, die Gewerkschaftsbürokratie die Linie vorgab und der Aufbau der Industriegürtel keine Priorität hatte. Hier zeigt sich die grundlegende Rolle der PCC in dieser Zeit als lenkende, mässige und bremsende Kraft von ebensolchen Initiativen und Bestrebungen «von unten». Gerade weil diese Arten der Basismobilisierungen in ihren Forderungen über die der CUT und der etatistischen Orientierungen der Regierung hinausgingen.

Der linke Flügel der PS, die revolutionären Christ:innen und die MIR riefen im Gegenteil dazu auf, «ohne Kompromisse voranzuschreiten» und «die Volksmacht aufzubauen», ohne dass daraus notwendigerweise konkrete Aktionen folgten. Zwischen Propaganda und Aktion gab es manchmal auch viele Diskrepanzen!

Inprecor: *Die grosse Mehrheit der Arbeiter:innen waren gleichzeitig «Allendisten». Wie erklärst du dir diese Situation? Handelte es sich um praktische Fortschritte und zugleich eine Form der ideologischen Unterwerfung?*

Franck Gaudichaud: Bis zum Schluss blieb Allende für die grosse Mehrheit der Arbeiter:innenbewegung «der Genosse Präsident». Das war mehr als ein Wahlsymbol. Er hatte überdies einen immer stärkeren Einfluss auf die christdemokratischen Arbeiter:innen, die sahen, dass die Regierung Massnahmen zugunsten der Lohnabhängigen ergriffen hatte: Lohnerhöhungen, Verstaatlichung der Kupferproduktion, Arbeiter:innenbeteiligung und Mitbestimmung. Allendes charismatische Aura wurde bis zum Schluss nicht in Frage gestellt, trotz der Grenzen seines Programms oder der Illusionen über die «konstitutionalistischen» Streitkräfte.

Der dialektische Widerspruch bestand darin, dass einerseits die Verteidigung der Regierung am Ursprung der entstehenden Arbeiter:innenmacht war. Andererseits forderten die Arbeiter:innen Dinge, die über die Regierungspolitik hinausgingen. Der Industriegürtel Cerillos y Maipú in Santiago forderte etwa 1972: die Ausweitung des verstaatlichten Sektors, eine verfassungsgebende Versammlung und die Schliessung des «bürgerlichen Parlaments», die Versorgung unter Kontrolle der Bevölkerung sowie eine Vertreibung der Reaktionären aus der Armee. Sie hatten also Forderungen, die weit über den Rahmen hinausgingen, den Allende sich gesetzt hatte, aber dabei wollten sie immer die Regierung verteidigen.

Die MIR, der linke Flügel der PS und die radikalisierten Christ:innen bildeten ein Spektrum der Linken, das auf einen revolutionären Bruch hinarbeitet und damit ein alternatives Projekt zum Allendismus vorschlug. Unter «Allendismus» ist hier die Strategie eines legalen und friedlichen Übergangs zum Sozialismus zu verstehen. Diese alternative Strategie scheiterte jedoch. Zweimal nahm Allende die höchsten Vertreter der Streitkräfte in seine Regierung auf, auch an der Seite der höchsten Führer der CUT, die ebenfalls zu Ministern ernannt wurden. Es war Allende, der Pinochet im August 1973 zum Generalstabschef ernannte, in der Überzeugung, dass es sich um einen «Legalisten» handelt. Und es ist die Armee, die von der Unidad Popular beispielsweise damit beauftragt wurde, die Versorgung wieder in die Hand zu nehmen oder den Waffenverkehr zu «kontrollieren». Dies erlaubte ihr ein Jahr vor dem Putsch, Fabriken zu besetzen und sich ein Bild des Arbeiter:innenwiderstandes zu machen.

Wofür wir kämpfen

Die Bewegung für den Sozialismus/Mouvement pour le Socialisme/Movimento per il Socialismo (BFS/MPS) ist eine schweizweit aktive ökosozialistische und feministische Organisation. Wir beteiligen uns an sozialen Bewegungen und fördern dabei die Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten mit dem Ziel unserer Selbstemanzipation zur Überwindung des Kapitalismus. Der Aufbau einer revolutionären Organisation dient für uns diesem Zweck.

von BFS/MPS

Das Erbe, das wir verteidigen

Wir sehen uns in der Tradition der Arbeiter:innenbewegung, der feministischen und ökologischen Bewegungen, aber auch der antikolonialen Befreiungskämpfe des 19. und 20. Jahrhunderts. Der Gründung der BFS/MPS im Jahr 2002 lag die Überzeugung zu Grunde, dass die Sozialdemokratie und kommunistisch-stalinistische Teile der Arbeiter:innenbewegung nicht nur versagt haben, sondern die Misere des kapitalistischen Systems mitverantworten.

Die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus verlangt nach der Offenheit, sich neuen Situationen anzupassen, auf Entwicklungen zu reagieren und die Fähigkeit, alte Gewissheiten über Bord werfen zu können. Der Marxismus soll auch in diesem Jahrhundert ein Referenzpunkt für emanzipatorische Bewegungen bleiben. Dafür müssen revolutionäre Marxist:innen die feministische Kritik der patriarchal-kapitalistischen Organisation der Sozialen Reproduktion, ökologische Einwände gegen produktivistische Vorstellungen innerhalb der Linken sowie antirassistische und antikolonialistische Praktiken in ihre Politik integrieren.

Die Strategie, die wir verfolgen

Es kann keine Alternative zum kapitalistischen Regime aufgebaut werden, ohne sich auf die Aktion und die – praktische und theoretische – Intelligenz derjenigen zu stützen, die arbeiten und den gesellschaftlichen Reichtum produzieren. Deswegen muss jede revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft durch die Vervielfältigung und Verstärkung sozialer Kämpfe

erfolgen. Mittels einer massenhaften Streikbewegung müssen wir uns befähigen, die Macht des Bürgertums herauszufordern und die bürgerlichen Formen der politischen Verwaltung durch eine Arbeiter:innendemokratie zu ersetzen.

Der Zweck unserer politischen Arbeit ist daher die Förderung der Selbstorganisation der Unterdrückten und Ausgebeuteten sowie die Unterstützung und Radikalisierung ihrer Kämpfe auf Basis von nicht-reformistischen Übergangsforderungen. Solche Forderungen setzen bei den konkreten Bedürfnissen der Unterdrückten und Ausgebeuteten an und weisen aber über den Kapitalismus hinaus. Durch die Selbstaktivität und die Förderung von antikapitalistischen Perspektiven lässt sich das gesellschaftliche Kräfteverhältnis verändern, wodurch eine Gegenmacht zur bürgerlichen Herrschaft aufgebaut wird.

Wir arbeiten aktiv in sozialen Bewegungen und Kämpfen mit (Gewerkschaften, Klima- und feministischen Bewegungen,

Basiskollektiven usw.), sind bereit zu lernen, machen Vorschläge und vermeiden es gleichzeitig, andere Aktivist:innen zu belehren. Zu diesem Zweck analysiert die BFS/MPS die Entwicklung der Gesellschaft, die Widersprüche und die Anzeichen dafür, dass bestimmte Teile der Bevölkerung bereit sind, die Mobilisierung und den Kampf aufzunehmen. An diesen Mobilisierungen und Kämpfen nimmt die BFS/MPS aktiv teil.

Die Organisation, die wir aufbauen

Die BFS/MPS leistet einen Beitrag zur Organisation und Koordinierung der fortschrittlichsten Sektoren der verschiedenen sozialen

Bewegungen. Wir sprechen hier von Avantgardekollektiven im Sinne von organisierenden Kader der Arbeiter:innenklasse und nicht von selbsternannten Parteiavantgarden. Es geht nicht darum, diese Avantgarden zu dominieren, sondern darum, mit ihnen zusammenzuarbeiten und ihre Aktivitäten in einer antikapitalistischen Perspektive zu fördern.

Wir anerkennen, dass sich die revolutionäre Linke weltweit im Schlamassel befindet und wir dabei keine Ausnahme bilden. In dieser Situation erachten wir es als ehrlicher zuzugeben, dass wir uns in einem theoretischen und praktischen Suchprozess befinden. Es erscheint uns selbstverständlich, dass auf dieser Suche unterschiedliche Meinungen und Positionen hervortreten, die innerhalb der BFS/MPS auch einen Platz haben dürfen und demokratisch diskutiert werden. Eine monolithische Parteilinie zu entwickeln, ist für uns weder realistisch noch erstrebenswert.





Ukrainischer Solidaritätsbrief mit der palästinensischen Bevölkerung

Der hier abgedruckte Brief wurde bereits von rund 420 Menschen aus der Ukraine unterzeichnet und zeigt «Solidarität mit allen, die unterdrückt werden und für Freiheit kämpfen.» Er wurde zuerst von der Zeitschrift «Commons journal of social criticisms» am 2. November 2023 veröffentlicht.

von Ukraine-Palestine Solidarity Group

Wir, ukrainische Wissenschaftler:innen, Künstler:innen, politische und gewerkschaftliche Aktivist:innen, Mitglieder der Zivilgesellschaft, sind solidarisch mit der palästinensischen Bevölkerung, die seit 75 Jahren der israelischen militärischen Besatzung, der Separation, der kolonialen Siedlergewalt, der ethnischen Säuberung, der Landenteignung und der Apartheid ausgesetzt ist und Widerstand leistet. Wir schreiben diesen Brief als Menschen für Menschen. Der vorherrschende Diskurs auf Regierungsebene und sogar unter Solidaritätsgruppen, die die Kämpfe von Ukrainer:innen und Palästinenser:innen unterstützen, führt oft zu einer Trennung. Mit diesem Brief lehnen wir diese Spaltungen ab und bekräftigen unsere Solidarität mit allen, die unterdrückt werden und für Freiheit kämpfen.

Als Aktivist:innen, die sich der Freiheit, den Menschenrechten, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit

verschrieben haben, verurteilen wir entschieden, unter voller Anerkennung des Machtgefälles, Angriffe auf die Zivilbevölkerung – seien es Israelis, die von der Hamas angegriffen werden, oder Palästinenser:innen, die von den israelischen Besatzungstruppen und bewaffneten Siedlerbanden angegriffen werden. Absichtlich Zivilpersonen anzugreifen, ist ein Kriegsverbrechen. Dies ist allerdings keine Rechtfertigung für die kollektive Bestrafung der palästinensischen Bevölkerung, die Gleichsetzung aller Bewohner:innen des Gazastreifens mit der Hamas und die wahllose Verwendung des Begriffs „Terrorismus“ für den gesamten palästinensischen Widerstand. Dies ist auch keine Rechtfertigung für die Fortsetzung der anhaltenden Besatzung. Bezugnehmend auf mehrere UN-Resolutionen wissen wir, dass es keinen dauerhaften Frieden ohne Gerechtigkeit für die palästinensische Bevölkerung geben wird.

« Wir rufen unsere ukrainischen Mitbürger:innen und alle Menschen dazu auf, ihre Stimme zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung zu erheben und die anhaltende israelische ethnische Säuberung zu verurteilen.

Der palästinensische Widerstand hat eine jahrzehntelange Vorgeschichte und seine Berechtigung

Am 7. Oktober wurden wir Zeugen der Gewalt der Hamas gegen die Zivilbevölkerung in Israel, ein Ereignis, das nun von vielen herausgegriffen wird, um den palästinensischen Widerstand insgesamt zu dämonisieren und zu entmenslichen. Die Hamas, eine reaktionäre islamistische Organisation, muss in einem größeren historischen Kontext gesehen werden. Israel dringt seit Jahrzehnten in palästinensisches Land ein, lange bevor diese Organisation in den späten 1980er Jahren gegründet wurde. Während der Nakba („Katastrophe“) von 1948 wurden mehr als 700.000 Palästinenser:innen brutal aus ihren Häusern vertrieben, ganze Dörfer wurden massakriert und zerstört. Israel hat seit der Gründung nie aufgehört, seine koloniale Expansion voranzutreiben. Die Palästinenser:innen wurden ins Exil gezwungen, zersplittert und unter verschiedenen Regimen verwaltet. Einige von ihnen sind israelische Staatsbürger:innen, die von struktureller Diskriminierung und Rassismus betroffen sind. Diejenigen, die im besetzten Westjordanland leben, sind unter der jahrzehntelangen militärischen Kontrolle Israels der Apartheid unterworfen. Die Bevölkerung des Gazastreifens leidet unter der von Israel seit 2006 verhängten Blockade, die den Personen- und Warenverkehr einschränkt und zu wachsender Armut und Entbehrungen führt.

Seit dem 7. Oktober und zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts kamen im Gazastreifen mehr als 8.500 Menschen ums Leben. Mehr als 62 Prozent der Todesopfer sind Frauen und Kinder. Mehr als 21.048 Menschen wurden verletzt. In den letzten Tagen hat Israel Schulen, Wohngebiete, die griechisch-orthodoxe Kirche und mehrere Krankenhäuser bombardiert. Außerdem hat Israel die gesamte Wasser-, Strom- und Treibstoffversorgung im Gazastreifen unterbrochen. Es herrscht ein gravierender Mangel an Lebensmitteln und Medikamenten, was zu einem völligen Zusammenbruch des Gesundheitssystems geführt hat.

Die meisten westlichen und israelischen Medien rechtfertigen diese Todesfälle als reine Kollateralschäden im Kampf gegen die Hamas, schweigen aber, wenn es um palästinensische Zivilist:innen geht, die im besetzten Westjordanland angegriffen und getötet werden. Allein seit Anfang 2023 und vor dem 7. Oktober hat die Zahl der Toten auf palästinensischer Seite bereits 227 erreicht. Seit dem 7. Oktober wurden 121 palästinensische Zivilist:innen im

besetzten Westjordanland getötet. Mehr als 10.000 palästinensische politische Gefangene sind derzeit in israelischen Gefängnissen inhaftiert. Ein dauerhafter Frieden und Gerechtigkeit sind nur möglich, wenn die andauernde Besatzung beendet wird. Die Palästinenser:innen haben das Recht auf Selbstbestimmung und Widerstand gegen die israelische Besatzung, so wie die Ukrainer:innen das Recht haben, sich der russischen Invasion zu widersetzen.

Erneut schauen Drittstaaten zu, wie ein Staat einen anderen kolonisiert

Unsere Solidarität entspringt der Wut über die Ungerechtigkeit und dem tiefen Schmerz über die verheerenden Auswirkungen der Besatzung, des Beschusses der zivilen Infrastruktur und der humanitären Blockade, die wir in unserem Heimatland erlebt haben. Teile der Ukraine sind seit 2014 besetzt, und die internationale Gemeinschaft hat es damals versäumt, die russische Aggression zu stoppen, sie hat auch den imperialen und kolonialen Charakter der bewaffneten Gewalt ignoriert, die daraufhin am 24. Februar 2022 eskalierte. Zivilist:innen in der Ukraine werden täglich beschossen, in ihren Häusern, in Krankenhäusern, an Bushaltestellen, in Warteschlangen für Brot. Als Folge der russischen Besatzung leben Tausende von Menschen in der Ukraine ohne Zugang zu Wasser, Strom oder Heizung. Es sind die schwächsten Gruppen, die am meisten von der Zerstörung kritischer Infrastruktur betroffen sind. In den Monaten der Belagerung und des schweren Bombardements von Mariupol gab es keinen humanitären Korridor. Die israelischen Angriffe auf die zivile Infrastruktur im Gazastreifen, die israelische humanitäre Blockade und die Besetzung von Land mitanzusehen, ist für uns besonders schmerzhaft. Von diesem Ort des Schmerzes, der Erfahrung und der Solidarität aus rufen wir unsere ukrainischen Mitbürger:innen weltweit und alle Menschen dazu auf, ihre Stimme zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung zu erheben und die anhaltende israelische ethnische Säuberung zu verurteilen.

Die ukrainische wie die palästinensische Bevölkerung hat das Recht auf Widerstand gegen einen Kolonisator

Wir lehnen die Erklärungen der ukrainischen Regierung ab, die Israels Kriegshandlungen bedingungslos unterstützen, und halten die Aufrufe des ukrainischen Außenministeriums zur Vermeidung von Opfern unter der Zivilbe-



Die Lage für die rund 2 Millionen Menschen im Gazastreifen wird immer schlimmer. Laut WHO sind wegen der schweren Bombardierungen, Zerstörungen und dem Mangel an medizinischem Material 20 der 36 Spitäler nicht mehr im Einsatz.

völkerung für verspätet und unzureichend. Diese Position bedeutet eine Zurücknahme der Unterstützung der Rechte der Palästinenser:innen und der Verurteilung der israelischen Besatzung, die die Ukraine seit Jahrzehnten verfolgt hat, einschließlich der Stimmabgabe in der UNO. Wir sind uns der pragmatischen geopolitischen Überlegungen bewusst, die hinter der Entscheidung der Ukraine stehen, sich den westlichen Verbündeten anzuschließen, von denen unser Überleben abhängt. Doch wir sehen die derzeitige Unterstützung Israels und die Ablehnung des palästinensischen Rechts auf Selbstbestimmung als Widerspruch zum eigenen Eintreten der Ukraine für die Menschenrechte und den Kampf für unser Land und unsere Freiheit. Wir als Ukrainer:innen sollten nicht mit den Unterdrücker:innen solidarisch sein, sondern mit denjenigen, die diese Unterdrückung erleben und ihr widerstehen.

Wir wenden uns entschieden gegen die Gleichsetzung westlicher Militärhilfe für die Ukraine und Israel durch einige Politiker:innen. Die Ukraine besetzt nicht die Gebiete anderer Bevölkerungen, sondern kämpft gegen die russische Besatzung, und daher dient die internationale Hilfe einer gerechten Sache und dem Schutz des Völkerrechts. Israel hat palästinensische und syrische Gebiete besetzt und annektiert, und die westliche Hilfe für dieses Land bestätigt eine ungerechte Ordnung und zeigt, dass mit zweierlei Maß gemessen wird, was das Völkerrecht betrifft.

Islamophobie und Antisemitismus sind niemals gerechtfertigt!

Wir stellen uns gegen die neue Welle der Islamophobie, wie die brutale Ermordung eines 6-jährigen palästinensischen Amerikaners und den Angriff auf seine Familie in Illinois, USA, und die Gleichsetzung jeglicher Kritik an Israel mit Antisemitismus. Gleichzeitig lehnen wir es ab, alle jüdischen Menschen auf der ganzen Welt für die Politik des Staates Israel verantwortlich zu machen, und wir verurteilen antisemitische Gewalttaten wie den Mobangriff auf das Flugzeug in Daghestan, Russland. Wir lehnen auch die Wiederbelebung der «Krieg-gegen-Terror»-Rhetorik ab, die

von den USA und der EU benutzt wird, um Kriegsverbrechen und Verletzungen des Völkerrechts zu rechtfertigen, die das internationale Sicherheitssystem untergraben und zahllose Todesopfer gefordert haben. Diese «Krieg-gegen-Terror»-Rhetorik wurde von anderen Staaten übernommen, darunter Russland für den Krieg in Tschetschenien und China für den Völkermord an den Uiguren. Jetzt setzt Israel sie ein, um ethnische Säuberungen durchzuführen.

Aufruf zum Handeln

- 1.** Wir drängen auf die Umsetzung des Aufrufs zur Waffenruhe, den die Resolution der UN-Generalversammlung enthält.
- 2.** Wir fordern die israelische Regierung auf, die Angriffe auf die Zivilbevölkerung unverzüglich einzustellen und humanitäre Hilfe zu leisten; wir bestehen auf einer sofortigen und unbefristeten Aufhebung der Belagerung des Gazastreifens und einer dringenden Hilfsaktion zur Wiederherstellung der zivilen Infrastruktur. Wir fordern die israelische Regierung außerdem auf, die Besatzung zu beenden und das Recht der palästinensischen Vertriebenen auf Rückkehr in ihr Land anzuerkennen.
- 3.** Wir fordern die ukrainische Regierung auf, den staatlich sanktionierten Terror und die humanitäre Blockade gegen die Zivilbevölkerung im Gazastreifen zu verurteilen und das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung zu bekräftigen. Wir fordern die ukrainische Regierung außerdem auf, die vorsätzlichen Angriffe auf Palästinenser:innen im besetzten Westjordanland zu verurteilen.
- 4.** Wir fordern die internationalen Medien auf, Palästinenser:innen und Ukrainer:innen nicht länger gegeneinander auszuspielen, wobei Hierarchien des Leidens rassistische Rhetorik verstetigen und die Angegriffenen entmenslichen.

Wir haben erlebt, wie sich die Welt in Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung vereint hat, und wir rufen alle auf, dasselbe für die palästinensische Bevölkerung zu tun.

Solidarität mit Palästina, nicht mit der Hamas

Die Angriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 führten zu einer neuen Eskalationsstufe im Nahostkonflikt. Allerdings gibt es keine Rechtfertigung für das brutale Vorgehen des israelischen Militärs im Gazastreifen. In dieser Situation ist es wichtig, dass eine emanzipatorische Linke die Offensive des israelischen Staates als das benennt, was sie ist: Die nächste Stufe einer seit Jahrzehnten andauernden Entmenschlichung und Entrechtung der palästinensischen Bevölkerung. Wir halten im Folgenden einige Punkte fest, die uns als internationalistische sozialistische Linke wichtig sind.

von BFS Zürich & BFS Basel

1. Die Angriffe und Gräueltaten der religiös-fundamentalistischen und rechtsradikalen Hamas sind nicht zu rechtfertigen.

Wir verurteilen die Tötung, die Leichenschändung, die sexualisierte Gewalt und die Verschleppung von israelischen Zivilist:innen. Die grausamen Bilder von den Bombeneinschlägen und Erschiessungen auf dem Supernova-Festival am Samstag, 7. Oktober schockieren. Linke, die sich nicht von diesen menschenverachtenden Angriffen distanzieren und sie nicht verurteilen, verlieren ihre Glaubwürdigkeit.

2. Die Hamas ist eine radikal-islamistische, korrupte und mafiöse Organisation.

Die Hamas ist mitnichten die legitime Vertretung der palästinensischen Bevölkerung (im Gazastreifen oder sonstwo). Durch ihre Angriffe lieferten sie die Bevölkerung in Gaza bewusst den absehbaren israelischen Angriffen aus, um selbst daraus politisches Kapital zu schlagen. Finanziert wird die



Hamas und der von ihr kontrollierte Rumpfstaat in Gaza vor allem durch Katar und den Iran (und einen Teil der palästinensischen Exilcommunity). Ihre Führer sitzen unter anderem in der Türkei. Noch vor einem Jahr nach der Ermordung von Jina Mahsa Amini stand das iranische Regime im Zentrum der Kritik der internationalen Linken. Dass ein Teil der pro-palästinensischen Linken heute salopp die Verbindungen zwischen der Hamas und dem Mullah-Regime beiseiteschiebt und ignoriert, ist beschämend. Diesen Sommer kam es im Gazastreifen zu Protesten von Jugendlichen gegen die gewalttätige Elendsverwaltung durch die Hamas. Der Gazastreifen gleicht einem repressiv geführten Freiluftgefängnis und gehört zu den ärmsten Regionen der Welt. 60% der Bevölkerung ist auf humanitäre Hilfe angewiesen. Wenn die EU ihre humanitären Programme für die Bevölkerung in Gaza stoppt, wird das Leid verstärkt. Die Menschen in Gaza fordern Perspektiven und sie richten diese Forderung nicht nur an Israel, sondern auch an die eigene politische Elite.

3. Der israelische Staat verfolgt eine brutale Apartheidspolitik und betreibt eine rassistische Segregation gegenüber den Palästinenser:innen

Palästinenser:innen werden systematisch unterdrückt, vertrieben, gedemütigt und entwurzelt, so dass sich israel-nationalistische Siedler:innen dank staatlicher Förderung und dem Schutz der Armee diese Gebiete aneignen können. Die gewaltsame Vertreibung der Palästinenser:innen im Westjordanland und die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen dauert

nun seit Jahrzehnten an und wird von weiten Teilen der internationalen Öffentlichkeit ignoriert, gebilligt oder gar gutgeheissen. Allein zwischen 2008 und 2023 wurden über 6400 Palästinenser:innen durch das israelische Militär getötet und über 152'000 verletzt (Stand 7. Oktober 2023). Dies im gleichen Statement zu betonen, wie man die Hamas verurteilt, ist nicht verharmlosend, wie viele bürgerliche Kommentator:innen und hörige Unterstützer:innen von Israel behaupten. Es kontextualisiert und erklärt. Unter der ultrarechten Regierung von Benjamin Netanjahu, in der seit Dezember 2022 auch der Unterstützter rechtsradikaler Terrororganisationen Itamar Ben-Gvir einen Ministerposten innehat (Nationale Sicherheit), verschärfte sich der zionistische Kolonisierungsprozess in den palästinensischen Gebieten weiter (nein, Antizionismus ist nicht dasselbe wie Antisemitismus). Die seit Monaten andauernden liberalen bis linken Proteste gegen eben diese Regierung und ihre Reformvorhaben wurden nun ausgesetzt; es soll eine vorübergehende Einheitsregierung gebildet werden. Es ist wahrscheinlich, dass progressive Stimmen und Positionen in Israel wieder für Jahre geschwächt, skeptisch beäugt und von vielen Seiten als verräterisch verurteilt werden.

4. Die Angriffe des israelischen Staates und der Armee auf den Gazastreifen sind grausam und treffen ebenfalls gezielt die Zivilbevölkerung

Die israelische Rechte verfolgt seit Jahrzehnten eine Politik der Unterdrückung und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung. Die Siedlungspolitik, die Apartheidsmauer und die immer wiederkehrenden Angriffskriege bezeugen dies. Der israelische Verteidigungsminister Joaw Galant hat eine totale Blockade des Gazastreifens angekündigt: Alle Grenzübergänge nach Israel sind zu, auch Ägypten hat seinen Grenzübergang geschlossen. Essenslieferungen werden so unterbunden. Zudem hat Israel seine Strom-, Wasser- und Gaslieferungen eingestellt, was die bereits prekäre Versorgungslage stark verschlimmert. Der israelische Staat fährt somit eine Strategie der Kollektivbestrafung und nimmt daraus resultierende Todesfälle bereitwillig in Kauf. Galants rassistische Rechtfertigung war, dass Israel gegen Tiere kämpfen würde. Wir verurteilen die israelische Offensive und fordern einen sofortigen Stopp der Militäraktionen, ein Ende der jahrzehntealten Besatzungs- und Siedlungspolitik, das Rückkehrrecht der Vertriebenen und das Ende des Apartheidssystems. Denn dieser koloniale, rassistische Kontext bereitet den Boden für den Aufstieg von religiös-fundamentalistischen Kräften auf beiden Seiten.

5. Es ist eine Schande, dass die westliche Welt, von den USA über die EU bis hin zur Schweiz, die israelische Apartheids-, Besatzungs- und Kriegspolitik seit Jahrzehnten unterstützt

Die bewusst hilflosen Aufrufe europäischer Politiker:innen an das israelische Militär, etwas Menschlichkeit walten zu las-

sen, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Länder – die Schweiz eingeschlossen – diese Politik de facto mittragen. Die schrecklichen Taten der Hamas werden als Vorwand genommen, um jegliche Kritik an der israelischen Regierung zum Schweigen zu bringen. Das trifft nicht nur auf Israel selbst zu, wo mit der neu gebildeten Einheitsregierung ein politisch gefährlicher Burgfrieden geschlossen wurde. Es gilt ebenso für die Länder des Westens. Die sich mehrenden Verbote von Solidaritätskundgebungen mit der palästinensischen Bevölkerung sind daher scharf zu kritisieren. So wird eine progressive Friedensbewegung unterbunden und ein selektives Solidaritätsgefühl mit den israelischen Opfern gefördert.

« **Es wird keinen Frieden geben, solange die israelische Besatzungs- und Siedlungspolitik Bestand hat.**

6. Die pro-palästinensische Linke gibt an vielen Orten der Welt ein trauriges Bild ab.

Vielfach werden die Angriffe der Hamas als legitime Befreiungsschläge glorifiziert und an Solidaritätsdemos wird gemeinsam mit fundamentalistischen Kräften demonstriert. Ein campistischer Antiimperialismus, der die Welt in zwei Lager einteilt und sich für das eine entscheidet, führt in den politischen Bankrott. Ebenso daneben liegt die antideutsche, israelfreundliche Linke in Deutschland, welche die Apartheidspolitik der israelischen Regierung mitträgt.

7. Die palästinensische Bevölkerung hat das Recht auf ein Leben in Freiheit, Selbstbestimmung und Widerstand.

Es kämpfen keine gleichstarken Gegner in diesem Konflikt. In diesem Sinne ist es internationalistische Pflicht, solidarisch an der Seite der unterdrückten Palästinenser:innen zu stehen. Mehr denn je ist es an fortschrittlichen und linken Bewegungen und Menschen in aller Welt, sich für eine internationale Solidaritäts- und Friedensbewegung einzusetzen, welche das Potenzial hat, Druck auf die eigenen Regierungen und den israelischen Staat auszuüben. Die israelischen und palästinensischen Lohnabhängigen haben beide gleichermassen das Recht auf soziale Sicherheit und die gesamte Zivilbevölkerung hat ein Recht auf Frieden. Es wird allerdings keinen Frieden geben, solange die israelische Besatzungs- und Siedlungspolitik Bestand hat. Und es wird keine Befreiung und Selbstbestimmung der palästinensischen Bevölkerung geben, solange die Hamas oder andere korrupte Machthaber wie die Fatah deren Geschicke lenken.

KOMMENTAR

Bitte keine Hygiene

von Josephine Kunz (BFS Basel)

Als ich heute in einer Coop Vitality Apotheke etwas brauchte, stand ich eine Weile irritiert vor einem Regal, das gross mit «Damenhygiene» überschrieben war. Dort waren alle möglichen Produkte aufgestellt, die im Zusammenhang mit den «weiblichen» Geschlechtsorganen angeboten werden: Von Schwangerschaftstests über Gels bei Scheidentrockenheit bis zu Menstruationstassen. Wenn ich jetzt aber einen Heuschnupfen habe, dachte ich mir, suche ich aber den Nasenspray doch auch nicht bei der Gesichtshygiene. Nun könnte man zur Verteidigung der „Damenhygiene“ entgegen, dass diejenigen Produkte, die die verschiedenen vaginalen und uteralen Ausflüsse auffangen, hier stellvertretend als Überbegriff herhalten. Stimmt, um meine Wäsche sauber zu halten, sollte sie nicht voll Blut sein, auch wird dies wohl generell als unangenehm empfunden, wenn auch nicht zwingend als unsauber. Gut, gibt es Binden und Co.! Allerdings zeigt der Blick in das Damen-Regal, dass die Sauberkeit keineswegs nur den Alltag von menstruierenden Menschen (oder doch nur Damen?) erleichtern soll – Intim-Waschprodukte in den verschiedensten Ausführungen bestätigen den Verdacht, dass es auch um jene Sauberkeit geht, die den «weiblichen» Geschlechtsteilen von Grund auf nicht zugetraut wird.

An dieser Stelle also nun eine kurze (und unvollständige) Übersicht zu vaginaler Gesundheit, da gewisse Indizien nahelegen, es gäbe noch immer zu wenig Kenntnisse über diese. Denn für die Hygiene (besser: Gesundheit) der Vagina (und Vulva) ist aus gynäkologischer Sicht von der Anwendung jeglicher Produkte abzuraten. Die Schleimhaut sorgt selbst dafür, dass es dort hygienisch ist, und hauseigene Bakterienkulturen, vorwiegend Laktobazillen, ergeben einen sauren PH-Wert, was das Wachstum schädlicher Mikroorganismen verunmöglicht. Eine «Auswaschung» mit oder ohne Waschlotion wirkt demgegenüber kontraproduktiv und begünstigt eine Infektion. Wer seine/ihre Vagina regelmässig wäscht, hat laut Studien ein bis zu dreifach erhöhtes Risiko für eine bakterielle Infektion.¹ Hauptursache bakterieller Vaginose

oder Vaginalmykose ist eine aus dem Gleichgewicht geratene Vaginalflora.²

Wenn also Coop Vitality Anfang des Jahres online noch behauptete: «Nicht nur das Wohlbefinden profitiert von einer sanften Intimhygiene mit den richtigen Produkten. Auch das **Risiko für Infektionen** kann minimiert werden.»³ (Hervorhebung im Original), handelt es sich um gesundheitsschädigende Fehlinformation.

Die Irritation vor dem «Damenhygiene»-Regal in der Apotheke, welches übrigens auch in allen anderen Drogerien von Coop so anzutreffen ist, ist nicht nur ein Problem der Worte. Solange die Tatsachen von ideologischen Sauberkeitsvorstellungen vernebelt werden, suchen wir all zu oft vergeblich nach Binden, die nicht von einem Poly-Flies überzogen sind, obwohl bekannt ist, dass synthetische Stoffe eine keimfördernde Umgebung darstellen. Solange schädliche Intim-«Hygiene» eine Hauptursache für Infektionen bleibt, bin ich nicht nur düpiert ob dieser altbackenen Formulierung, sondern sehe mich und alle Menschen mit Vulven um den Gesundheitsanspruch betrogen, den wir für unsere Ohren oder unsere Kopfhaut selbstverständlich erheben dürfen – für unser Geschlechtsorgan hingegen offenbar nicht.

Der Appell an Coop und all die anderen Intim-Hygiene-Propagierer lautet also, den Einfluss auf den Diskurs um die beiden V's (solange es denn einen geben soll) mit entsprechender Betitelung ihrer Regale möglichst sachlich zu halten. Keine falschen Fakten suggerieren und keine Schmutzigkeit unterstellen, wo keine ist. Der Würde, vor allem aber der Gesundheit, zuliebe.

und-frau-720213.html. Aufgerufen am 25. Mai 2023

2 Siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Bakterielle_Vaginose und https://de.wikipedia.org/wiki/Vaginale_Pilzinfektion#Ursachen. Aufgerufen am 1. November.2023

3 Die Seite ist mittlerweile nicht mehr online. Quelle: <https://web.archive.org/web/20230204190852/https://www.coopvitality.ch/de/alle-produkte/gesundheit/hygiene/intimhygiene.html>. Aufgerufen am 25. Mai 2023

1 <https://www.apotheken-umschau.de/mein-koerper/haut-und-haare/die-richtige-intimhygiene-fuer-mann->



Paul Mattick 1973.
(Schenkung von Karla Doris Rab).

THEORIE

Paul Mattick

Die soziale Revolution ist weder eine Partei- noch eine Staatsangelegenheit

Die Russische Revolution war und bleibt ein gewaltiges historisches Ereignis, das bis heute Vorbildcharakter für die sozialistische Organisation der Gesellschaft behält. Das revolutionäre Projekt ging letztlich schief. Doch woran lag das? Paul Mattick, ein heute vergessener sozialistischer Aktivist und marxistischer Theoretiker, sah das Urproblem darin, dass die soziale Revolution als Aufgabe des Staates und einer staatslenkenden Partei begriffen wurde, nicht als diejenige der Gesellschaft. Dieser Artikel widmet sich den Ansichten Matticks, die bis heute nichts von ihrer Aktualität verloren haben.

von João Woyzeck (BFS Zürich)

Linkskommunistische Jugend und Kindheit im Arbeitermilieu

Paul Mattick wurde 1904 geboren und verbrachte den Grossteil seiner Jugend in Berlin, wo er ein von Armut geprägtes Leben in einer politisch bewussten Arbeiter:innenfamilie führte. Die Weichen für den politischen Weg, den Mattick einschlagen würde, wurden durch die Folgen der Novemberrevolution in Deutschland 1918 gestellt: Der Zusammenbruch der bisherigen Machtstrukturen nach dem Ersten Weltkrieg führte dazu, dass die Mehrheit der deutschen Betriebe eigene Betriebsräte wählten – ganz nach dem Vorbild der Russischen Revolution 1917, wo Arbeiter:innen- und Soldat:innenräte als Basis für das neue Staatswesen dienten. Rasch stand auch die deutsche Arbeiter:innenschaft vor der Frage, ob aus den betrieblich abgestützten Räte-Strukturen eine sozialistische Räteredemokratie mit Delegierten aus den Betrieben oder eine Nationalversammlung gewählt werden sollte, welche einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie eine Verfassung geben würde. Da die Betriebsräte weitgehend von der reformistischen SPD dominiert waren, entschied sich der erste Reichskongress der Arbeiter:innen- und Soldat:innenräte vom 16.- 21. Dezember 1918 mit 400 gegen 50 Stimmen für eine Nationalversammlung.

1919 gründete sich aus abgespaltenen linksradikalen Kreisen der SPD die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Dessen Führungsriege um Rosa Luxemburg, Paul Levi und Clara Zetkin wollte weiterhin parlamentarisch tätig sein, um nicht ins politische Abseits zu geraten, sodass bereits im Oktober 1919 der Grossteil der Parteibasis ausgeschlossen wurde, der weiterhin den unmittelbaren Umsturz und damit einen antiparlamentarischen Kurs verfolgte. Die Freie Sozialistische Jugend (FSJ), der damals auch der fünfzehnjährige Mattick angehörte, stellte sich auf die Seite der Ausgeschlossenen. Als sich diese am 4./5. April 1920 zur Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (KAPD) bündelten, trat Mattick mitsamt der gesamten FSJ Charlottenburg geschlossen bei. Die KAPD begriff sich als revolutionäre und antiautoritäre Alternative zur KPD, indem sie die Selbstorganisation von Rätestrukturen über die Partei stellte und auf Beteiligung in bürgerlichen Organen verzichtete. Dazu arbeitete die KAPD mit der Allgemeinen Arbeiterunion Deutschlands (AAUD) zusammen, die sich aus revolutionären Betriebsräten zusammensetzte und als deutschlandweiter räteredemokratischer Zusammenschluss die Grundlage für den künftigen Rätestaat legen wollte.

1923 engagierte sich der 19-jährige Mattick in den Kleinbetrieben und Braunkohlelagern des rheinischen Braunkohlereviere für die Organisation der Arbeiter:innenschaft und versuchte, die Strukturen der KAPD/AAUD auszubauen. Im Auftrag der AAUD beteiligte sich Mattick bspw. an einem Streik in den Chemiefabrikwerken von Bay-

er, der letztlich von der militarisierten Sicherheitspolizei brutal niedergeschlagen wurde. Mattick führte so ein sehr unstetes Leben, reiste durch Deutschland und schlug sich nebenbei mit Gelegenheitsjobs durch. Er blieb dabei immer ambitioniert, die Unzufriedenheit in der Arbeiter:innenschaft zu Massenaktionen zu kanalisieren. Mattick schrieb ausserdem politische Erfahrungsberichte, Kurzgeschichten oder literarische Buchbesprechungen für die Rote Jugend, oder auch für die Kommunistische Arbeiterzeitung, der Hauptzeitung der KAPD, oder den Kampftruf der AAUD.

Aufbruch in die USA und Auseinandersetzung mit Sowjetrussland

Aufgrund wiederkehrender Arbeitslosigkeit sah Mattick in Deutschland keine Zukunft und reiste im März 1926 in die USA, wo er 1930 nach Chicago zog. In Chicago gehörte Mattick zunächst den Industrial Workers of the World (I.W.W.) an, war aber auch für die marxistische Proletarian Party um den Detroiter Schuster John Keracher tätig, ohne selbst Mitglied zu sein. Für Mattick fühlte sich diese Doppelzugehörigkeit nach seiner bisherigen Politisierung in den KAPD/AAUD-Kreisen schlicht natürlich an. Die Grosse Depression, die mit dem Börsencrash im Oktober 1929 ihren Lauf nahm und die Arbeitslosenrate in den USA verachtachte, liess Mattick nach einer auswanderungsbedingten Phase der politischen Isolation wieder politisch aktiv werden. Die Wohlfahrt war in den USA traditionellerweise kaum als gesamtstaatliches Sozialsystem organisiert und stützte sich vor allem auf private oder lokal-behördliche Strukturen, was zu einer raschen Überlastung führte. Die Leistung der Bezirks- oder Stadtverwaltungen beschränkte sich im Wesentlichen auf Lebensmittelausteilung an bedürftige Familien. Miete, Gas und Licht gab es vorerst nicht – erst nach sozialen Kämpfen, und auch dann nur in unzureichendem Masse. 1932 erhielt eine fünfköpfige Familie 28.97 Dollar im Monat bei einem Existenzminimum von 105 US-Dollar. Die Unterstützung für ledige Erwerbslose bestand vor allem daraus, in Obdachlosenasylen und öffentlichen Massenspeisungen abgefertigt zu werden, die oft durch Privatvereine oder Kirchenorganisationen finanziert wurden.¹

Als sich die Depression verschärfte, schlossen sich die verschiedenen sozialistischen Klubs der Exildeutsche Gemeinde in Chicago – Mattick sprach damals nur gebrochen Englisch und sein politischer Aktivismus war primär auf Exildeutsche ausgerichtet – zu einem Kartell von rund 2'400 Mitgliedern zusammen. Um dem Kartell ein Sprachrohr zu schaffen, rief Mattick 1931 die Chicagoer Arbeiter-Zeitung

1 Mattick, P. (1936): Arbeitslosigkeit, Arbeitslosenfürsorge und Arbeitslosenbewegung in den Vereinigten Staaten (Kapitel III «Arbeitslosenfürsorge»).



Hungermarsch in Chicago im August 1933, bei dem mehr als 5'000 Erwerbslose Arbeit statt Sozialhilfe forderten. (Chicago Herald and Examiner / Chicago Tribune)

(CHAZ) ins Leben, die allerdings nicht lange Bestand haben würde. Für die CHAZ hatte Mattick den Anspruch, Zeitung des Kartells, also der zusammengeschlossenen Arbeitenden und Erwerbslosen zu sein, nicht die Zeitung einer bestimmten revolutionären Organisation. Damit geriet die CHAZ in Konflikt mit der Kommunistischen Partei (KP; eigentlich CPUSA), ebenfalls Mitglied des Kartells, die sich als die «wahre» Vorhut des Proletariats begriff. Der Konflikt mit der KP hatte aber auch ideologische Ursachen: Mattick widersetzte sich schon in den 1930ern einer undifferenzierten Solidarität mit der Sowjetunion und übte tiefgreifende Kritik.

Mattick war der Ansicht, dass die Sowjetunion zwar die gesamte Produktion verstaatlicht, dabei aber ein quasi-kapitalistisches Verhältnis zwischen der Arbeit und dem verstaatlichten Kapital beibehalten hatte. Da Russland 1917 ein ökonomisch rückschrittliches Land und nur teilweise kapitalistisch erschlossen gewesen war, hatten die Bolschewiki – neben der russischen Arbeiter:innenschaft die zentrale Triebfeder der Russischen Revolution – nicht die Absicht verfolgt, direkt den Sozialismus einzuführen. Vielmehr hatten sie einen Staatskapitalismus unter sozialistischer Führung errichten wollen, um die sowjetische Wirtschaft für den Sozialismus vorzubereiten. Dazu sollte die verstaatlichte kapitalistische Wirtschaft nach dem Vorbild der Deutschen Post in der deutschen Kriegswirtschaft des Ersten Weltkrieges zur planmässigen Lenkung restrukturiert und auf eine Bedarfswirtschaft umgelenkt werden. Mit dem Dekret zur Verstaatlichung der Produktion vom 28. Juni 1918 und bei gleichzeitiger Unterordnung oder Ersetzung von Selbstverwaltungsstrukturen in den grösseren Betrieben, die seit 1917 spontan aus der russischen Arbeiter:innenschaft gewachsen waren (Fabrikkomitees), geriet der bol-

schewistisch dominierte Parteistaat – so Mattick – mit der russischen Arbeiter:innenschaft in Konfrontation. Von da an kontrollierte die bolschewistische Partei die Produktion und Verteilung, d.h. sie verwaltete die Entlohnung für die Arbeit und den Einsatz des geschaffenen Wertes, ohne zugleich die Selbstverwaltung durch die Betriebsbasis zu ermöglichen. Der Staatsapparat war für Mattick damit zu einer Art Gesamtkapitalist geworden. Die Entwicklung der Sowjetunion kam für Mattick einer blossen Verstaatlichung des Lohnverhältnisses gleich.²

Die Arbeitslosenbewegung in den USA und die Selbstorganisation als Klasse

Bis Ende 1932 hatte sich die allgemeine Situation in den USA so sehr verschlimmert, dass sich die Zahl der Arbeitslosen auf rund 15 Mio. vergrössert hatte – um die 30% der damals rund 123 Mio. Menschen in den USA, wenn man die betroffenen Familien mitrechnet. In Chi-

2 Mattick, P. (1932): Die kapitalistischen Tendenzen Russlands; zu Lenins Vorstellung siehe Lenin (1918): «Lenin: Über «linke» Kinderei und Kleinbürgerlichkeit» (Kapitel III bis V); Staat und Revolution («Aufhebung des Parlamentarismus.» unter III. Kapitel)

Verhältnis Fabrikkomitee – Staat: Fabrikkomitees wurden dem entstehenden Parteistaat untergeordnet, indem sie ab Januar 1918 den bolschewistisch dominierten Gewerkschaften eingegliedert wurden, also ihre Funktion als Glied zwischen Wirtschaft und Staat einbüssten, und indem die Entscheidungen der Fabrikkomitees in den verstaatlichten Betrieben seit März 1918 vom Obersten Rat für Volkswirtschaft (oberstes wirtschaftliches Staatsorgan) genehmigt werden mussten. In: Brinton, M.: The Bolsheviks and Workers Control p. 32f., 35f., 1970.

cago waren sogar 40% der Erwerbsfähigen unbeschäftigt. Unter diesen Umständen kollabierte das Bisschen an vorhandener öffentlicher Unterstützung förmlich. Bundesstaatliche und nationale Hilfspakete liessen einen Grossteil der von Armut betroffenen Menschen weithin im Stich. Zwangsräumungen verdoppelten sich im Vergleich zum Vorjahr. Auch in den USA blieb Mattick ein Leben in Armut nicht erspart, denn im Zuge der Grossen Depression verlor er seine Anstellung als Mechaniker und wurde selbst langzeitarbeitslos.

Mattick und seine Kontakte in der Proletarian Party sammelten sich als lose Gruppe von etwa hundert Leuten, die im Prinzip als Arbeitslosenverband der Proletarian Party fungierte: die sogenannte Arbeiterliga oder Workers League. Die Arbeiterliga unterstützte die Erwerbslosen in ihrem Kampf für umfangreichere Sozialleistungen, staatlich geförderte Hilfsmassnahmen und öffentliche Beschäftigungsprogramme, sowie gegen Wohnungsräumungen. Zur Mobilisierung der Erwerbslosen, die den Arbeitsplatz als Ort zur politischen Organisation verloren hatten, ging die Arbeiterliga von einer Hilfsstation der Chicagoer Wohlfahrt zur nächsten. Politisch in Aktion trat sie durch gleichzeitige Demonstrationen vor mehreren Hilfseinrichtungen. Hierfür versammelten sich die Erwerbslosen an verschiedenen Orten in Kleingruppen und kamen an einem zentralen Punkt zusammen, um die Auflösung von Massenaufmärschen im Vorfeld zu verhindern. Solche Hilfsproteste, getragen von verschiedenen sozialistischen Organisationen, fanden 1932 nach Berichten der Polizei und der Wohlfahrtsverbände im Schnitt zehnmal pro Woche statt. Zur weiteren Organisation wurden die Arbeitslosen aufgefordert, Vertreter:innen in ein stadtweites Delegiertenhaus zu wählen, das die Ziele der Bewegung bestimmte und die Demonstrationen koordinierte, wobei nur Erwerbslose, also keine bezahlten Vertreter:innen von Parteien, gewählt werden konnten. Das war durchaus programmatisch: Anders als die KP ging die Arbeiterliga nicht davon aus, zunächst müsse den Betroffenen durch die Wissenden die richtige Ideologie eingepflegt werden.

Wer führt(e) die Arbeitslosenbewegung?

Ende 1932 gründeten mehrere Dutzend Mitglieder der Proletarian Party, die im Wesentlichen den Aktivist:innen der Arbeiterliga entsprachen, um Mattick als treibende Kraft die United Workers Party of America (UWPA). Die UWPA bezeichnete sich zwar als Partei, ging allerdings von einem ganz anderen Parteikonzept aus als die traditionellen kommunistischen Avantgardeparteien: Der Partei komme historisch keine wichtigere Rolle zu als dem revolutionären Bewusstsein, welches die arbeitende Klasse aus der selbsterfahrenen Verschärfung der Klassenwidersprüche entwickle – in diesem Sinne war der Klassenkampf gleich dem Klassenbewusstsein. Daher mache es auch keinen Sinn, dass eine Partei um die Kontrolle über die Arbeiter:innen kämpfe. Die UWPA wollte vielmehr die Arbeiter:innen dabei unterstützen, eigenständig Initiati-

ve und Machtstrukturen zu entwickeln. Praktisch hiess dies, dass sich die UWPA in zweifacher Weise engagierte: Sie agitierte für den Kommunismus und sie kämpfte in Klassenkämpfen selbst mit, um den Arbeiter:innen den Weg mit der eigenen Tat vorzuzeigen. In diesem Sinne wollte die UWPA verkörpern, dass «die Revolution keine Parteifrage ist, sondern die Aufgabe der Arbeiter als Klasse [...]».³

Mitte der 1930er Jahre drängte sich in linken Kreisen angesichts der sich verschärfenden autoritär-diktatorischen Züge in der Sowjetunion immer mehr die Frage auf, wie dies zu verhindern gewesen wäre. Viele oppositionelle linke Bewegungen, die sich gegen die stalinistisch beeinflussten KPs weltweit stellten, versuchten, den bürokratisch-diktatorischen Kurs der Sowjetunion sowie den Verzicht auf die Perspektive der Weltrevolution damit zu erklären, dass Stalin zum obersten Machthaber in der Sowjetunion aufgestiegen war, es also vor allem ein Problem der falschen Führung gebe.

Für Mattick aber war die Frage der richtigen Führung lediglich eine taktische Frage. Das eigentliche Problem sitze viel tiefer: Nicht welche Führung, sondern überhaupt die Ansicht, dass das Verhältnis der Partei zur proletarischen Masse ein autoritativ-erzieherisches sein soll, sei die Ursache der autoritären Entwicklungen. Mattick betonte, dass dieses Problem bereits in der Matrix der bolschewistischen Partei (und der unter ihrem Einfluss stehenden Parteien weltweit) verankert gewesen sei. Schon Lenin, dessen Einfluss massgebend für die klassischen kommunistischen Parteien gewesen war, sei in seiner berühmten Schrift «Was tun?» von 1902 davon ausgegangen, dass den Arbeiter:innen ein sozialistisches Bewusstsein durch professionalisierte Revolutionär:innen quasi «von aussen eingepflegt» werden müsse. Von selbst könnten sie lediglich zu einem gewerkschaftlichen Bewusstsein gelangen und von der herrschenden Klasse akute materielle Verbesserungen einfordern.⁴

Hier sei laut Mattick denn auch der Urgrund für den Autoritarisierungsprozess in der Sowjetunion und für den Zusammenbruch der Komintern zu suchen: Durch die Führungsstrategie würde die Eigeninitiative der arbeitenden Massen zerstört. Und die in die Passivität gedrängten Massen würden der Führungsriege unweigerlich nachfolgen, wenn diese einen konterrevolutionären Kurs einschläge, so Mattick. Es gäbe also eine gerade Linie von der Führungsrolle einer übergeordneten revolutionären Partei zum Verständnis der Diktatur des Proletariats als Diktatur der Partei über das Proletariat.⁵

3 UWPA (1934): Bolshevism or communism: on the question of a new communist party and the «Fourth» International, p. 1; 10f

4 UWPA (1934): Bolshevism or communism: on the question of a new communist party and the «Fourth» International, p. 3- 5; Lenin (1902): What Is To Be Done?

5 UWPA (1934): Bolshevism or communism: on the question of a new communist party and the «Fourth» International, p. 6.

Zenit und Ende der Arbeitslosenbewegung

Durch die Halbierung der Chicagoer Nahrungsmittelhilfe im Oktober 1932 wurde die Vernetzung der linken Organisationen auf eine höhere Stufe befördert. Die KP, die sozialistische Partei und die Arbeiterliga mobilisierten ihre jeweiligen Anhänger:innen in der Erwerbslosenbewegung für einen gemeinsamen Hungermarsch. Am Marsch kamen 25'000 Menschen zusammen, die z.T. auch in weiteren Organisationen verankert waren. In der Folge zog die Stadtregierung Chicagos die Pläne zur Reduktion der Hilfen tatsächlich wieder zurück. Es ist schwierig, den genauen Einfluss zu rekonstruieren, den der Mattick-Kreis ausübte. Eine ungefähre Ahnung könnte hier die Anhänger:innenzahl an der Planungssitzung des Hungermarsches geben. Während die Sozialistische Partei nach Eigenaussage um die 15'000 und die KP um die 10'000 Anhänger:innen für sich reklamierten, sprach die Arbeiterliga von rund 3'000 Anhänger:innen in zehn assoziierten Gruppen. Die Arbeiterliga war also eindeutig die kleinere linksradikale Bewegung, allerdings nicht unbedeutend in Chicago.

Der Erfolg gegenüber den Behörden bezüglich der Nahrungsmittelhilfe motivierte die Arbeiterliga, die KP, die sozialistische Partei und etwa 30 weitere Organisationen, sich zur «Federation of Unemployed Workers League of America» zu formieren. Auch wenn die Federation ihr Ziel, eine landesweite Bewegung zu werden, nie erreichte, organisierte sie auf ihrem Höhepunkt im Mai 1933 immerhin eine überregionale Konferenz der Erwerbslosen für die Industrieregion des Mittleren Westens.

Die Arbeiterliga/UWPA geriet mit ihren Ambitionen, die Federation zu einer eigenständigen Organisation aller Erwerbslosen zu machen und nicht zu einer Koalition diverser linker Parteien, in Konflikt mit der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei. Die Ziele der Arbeiterliga/UWPA scheiterten letztlich aber daran, dass die Mehrheit der beteiligten Organisationen sowie die verbleibenden Mitglieder der Sozialistischen Partei für einen Reformkurs der Federation plädierten. Die Ziele der Arbeiterliga und überhaupt die Federation erlitten endgültig Schiffbruch an der Zentralisierung der Wohlfahrtsinstitutionen im Januar 1933, da diese der Arbeitslosenbewegung den Wind aus den Segeln nahm. Auch verloren linksradikale Alternativen allgemein an Attraktivität, nachdem Präsident Franklin D. Roosevelt den New Deal – eine Reihe von Wirtschafts- und Sozialreformen zwischen 1933 bis 1938 als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise – auf den Weg gebracht hatte.

Krisentheorie – oder warum der Kapitalismus immer zu Verarmung führen wird

Die Works Progress Administration als Arbeitsbeschäftigungsagentur des New Deals beschäftigte mit 8.3 Mio. Menschen letztlich die:den Ernährer:in jeder vierten Familie in den USA. Mattick warnte jedoch davor, dass die Krisen des Kapitalismus, die die Ausbeutung der Lohnabhängigen verschärfen und Millionen Menschen ihrer Lebensgrundlage

berauben, durch staatliche Eingriffe in den Kapitalismus nicht nachhaltig behoben werden könnten.

Unter Berufung auf das Gesetz der fallenden Profitrate war Mattick der Ansicht, dass der Kapitalismus aus seiner eigenen inneren Funktionsweise zwangsläufig irgendwann zusammenbrechen müsse. Anders ausgedrückt würde die Kapitalrentabilität zwangsläufig sinken, denn der Wert einer Ware wird nach Marx nur durch menschliche Arbeit generiert und der Mehrwert, den die Kapitalist:innenklasse als ihren Profit einsteckt, ist im Prinzip nichts anderes als ein Teil des erzeugten Werts, der nicht an die Arbeitenden ausbezahlt wird. Ziel der kapitalistischen Wirtschaft sei es daher, den Mehrwertteil zu vergrößern. Immer effizientere technologische Entwicklungen, die innert weniger Zeit eine höhere Stückzahl produzieren, würden die Arbeitszeit pro Stückzahl extrem verringern, womit weniger Lohn pro produzierte Stückzahl ausbezahlt werden müsste (relativer Mehrwert). Mittel- bis langfristig würde sich ironischerweise aber genau aus dieser Mehrwertsteigerung ein Problem ergeben. Denn mit der damit einhergehenden Personalreduktion würde der Teil des Wertes, der als Profit einbehalten werden kann, langsamer wachsen als der Teil des Wertes, der investiert werden muss, um einen kommenden Produktionszyklus zu garantieren.⁶

Irgendwann würde der Kapitalismus also an einen Kippunkt gelangen, ab dem die Kapital-Akkumulationsrate nicht mehr auf dem bisherigen Niveau aufrechterhalten werden kann, und zusammenbrechen. Mattick hielt es natürlich für unsinnig, einen konkreten Zeitpunkt zu errechnen, an dem die Profitrate unter dieses Niveau fallen würde. Vielmehr, so Mattick, tendiere der Kapitalismus zu wiederkehrenden Krisen – es seien also nicht einfach zyklische vorübergehende Phasen eines Konjunkturzyklus. Vor allem aber argumentierte Mattick, dass es für den Kapitalismus immer schwieriger werden würde, Perioden der Kapitalstagnation zu überwinden, bis es irgendwann schliesslich unmöglich würde. Mattick sprach daher davon, dass der Kapitalismus in eine permanente Krise eingetreten sei.⁷

Vor diesem Hintergrund äusserte sich Mattick in seinem Hauptwerk «Marx und Keynes. Die Grenzen des gemischten Wirtschaftssystems» auch kritisch gegenüber einer Verstärkung der Planungsmomente zur Behebung der Krisen im Kapitalismus. Vom keynesianischen Standpunkt aus sei es logisch, dass der Staat Schwankungen im Konjunkturzyklus durch antizyklische Gegenmassnahmen ausgleicht, also den

6 MEW Bd. 25, III, 221 – 241; Auf diese Interpretation des Kapitals war Mattick durch die Lektüre von Hendryk Grossmans Buch «Das Akkumulation- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems» (1929) gekommen. Grossman habe ihm ermöglicht, das Kapital, das vielen linken schwer zugänglich bleibt, umfassend und in praktischer Hinsicht zu verstehen.

7 Mattick, P. (1966): Monopoly Capital; Im Manifest der UWPA kommt der Begriff «permanente Krise» 11-mal vor: UWPA (1934): World-wide Fascism or World Revolution?



Suppenküchen wurden oft von privaten Wohlfahrtsorganisationen finanziert und betrieben.

Wirtschaftsverlauf stabilisiert und so Konjunktureinbrüche verhindert. Mattick räumte ein, dass staatliche Zuschüsse die materielle Produktion unmittelbar ausweiten und den Beschäftigungsgrad hochhalten können, doch das Grundproblem würde so nicht behoben. Im Prinzip sei eine gemischte Wirtschaftsform (verstärkte staatliche Regulierung und Investition) also eine Defizitfinanzierung, die irgendwann an ihre Grenze stossen müsse, weil das zur Reproduktion des Akkumulationsprozesses notwendige Kapital, aus dem sich ja dann auch die staatlichen Zuschüsse (Steuern) selber speisten, im Verhältnis zum notwendigen Kapitalvolumen weiterhin geringer würde. Verstärkte staatliche Regulation könne den Zusammenbruch des Kapitalismus also nur hinauszögern. Deswegen sei es zentral, dass das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital im Kapitalismus (Mehrwertsteigerung als Ziel der Wirtschaft) aufgehoben werde.⁸

«Nicht erst im gelobten Lande als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk»

Die Aufhebung des Lohnverhältnisses stand ganz und gar im Zentrum von Paul Matticks Denken. Aus einer ökonomischen Perspektive versuchte Mattick zu erklären, weshalb im Kapitalismus eine krisenfreie Wirtschaft unmöglich ist. Aus einer demokratietheoretischen Perspektive wollte er zeigen, dass Freiheit letztlich nur bedeuten kann, dass man seine Arbeit und das Produkt daraus selbst bestimmt. Mat-

tick unterstrich in diesem Zusammenhang, was echte Vergesellschaftung, im Gegensatz zu blosser Verstaatlichung, ausmacht: die Umstrukturierung der zwischenmenschlichen Verhältnisse und der Verhältnisse der Menschen zu den Produktionsmitteln hin zu einer demokratischen und selbsttätigen Bestimmung der eigenen Arbeit. Ohne diese fundamentale Umstrukturierung wäre eine Vergesellschaftung schwerlich mehr als die bloße Verstaatlichung des Ausbeutungsverhältnisses. Vor diesem Hintergrund kam Mattick auch zum Schluss, dass der Weg zu einer Selbstverwaltung nicht über Fremdanleitung beschritten werden könne. Oder wie Rosa Luxemburg 1918 gemahnt hatte: «Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Lande [...] als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat.» Gleichzeitig ist es zumindest eine enorme Herausforderung, dass am Anfang der angestrebten Arbeiter:innen-Autonomie auch schon autonomes Lernen und Ertasten stehen soll. In diesem Sinne darf man als politisch aktive Person nicht drum herum kommen, sich selbstkritisch damit auseinanderzusetzen, in welchem Verhältnis man zu den Arbeiter:innen steht.⁹

⁸ Mattick, P. (1969): Marx and Keynes. The Limits of the Mixed Economy.

⁹ Biografische Daten aus: Buckmiller, M.: Die Revolution war für mich ein grosses Abenteuer – Paul Mattick im Gespräch mit Michael Buckmiller, Münster: Unrast 2015. Roth, G.: Marxism in a Lost Century: A Biography of Paul Mattick, Brill: Leiden 2015.

Pink bringt Profit

Der Spielzeugkonzern Mattel darf sich freuen: Mit bisher knapp 1,5 Milliarden Dollar Einspielergebnis dürfte «Barbie» der einträglichste Kinofilm des Jahres 2023 werden. Und das, obwohl die Figuren explizit Patriarchat und Kapitalismus kritisieren. Das ist aber kein Widerspruch, sondern Programm in einem System, das selbst aus der Systemkritik Profit zieht.

von Georg Kleiber (BFS Zürich)

Barbie hat gewonnen. Als Anfang Jahr klar wurde, dass die Filme «Barbie» und «Oppenheimer» am selben Tag ins Kino kommen würden (am 20. Juli), kannte das Internet kein Halten mehr: Es zelebrierte den Wettkampf zwischen den gegensätzlichen Werken. Und zwar je nachdem mit den Hashtags #barbenheimer oder #oppenbarbie. In der einen Ecke das quietschbunte Abenteuer einer Puppe aus der Spielzeugabteilung. In der anderen das brütende Charakterdrama um den Erfinder der Atombombe.

Drei Monate später sind die Zahlen eindeutig:

«Barbie» hat weltweit fast anderthalb Milliarden Dollar eingespielt, «Oppenheimer» knapp 950 Millionen – auch nicht schlecht, aber deutlich weniger.

In der Deutschschweiz ist das Ergebnis ähnlich: Knapp 340'000 Eintritte für «Oppenheimer», gut 480'000 für «Barbie». (Zum Vergleich: Der letzte Bondfilm hatte in der Deutschschweiz über 650'000 Eintritte.) Es ist davon auszugehen, dass «Barbie» die höchsten Kinoeinnahmen des

gesamten Jahres 2023 erzielen wird. Pink bringt Profit.

Diffuser Antikapitalismus im kommerziellen Kino

Eins verbindet die beiden Filme: antikapitalistische Untertöne. Ein erheblicher Teil von «Oppenheimer» dreht sich darum, dass Robert Oppenheimer (Cillian Murphy) Sympathien für den Kommunismus hegte. Doch es kann nicht sein, was nicht sein darf: Der Film betont dann doch, dass Oppenheimer natürlich zu intelligent war, als dass er auf die kommunistische Ideologie hereingefallen wäre.

«Barbie» wiederum übt explizit Kritik am Patriarchat und seiner Verschränkung mit dem Kapitalismus. Die Handlung beginnt in Barbieland, das von einer Vielzahl an Barbies und Kens bewohnt wird – es gibt Präsidentin Barbie, Meerjungfrau-Barbie, Basketball-Ken, Künstler-Ken und so weiter. Eine perfekte Welt, von Frauen regiert. Bis eines Tages die stereotype Barbie (Margot Robbie) in eine existenzielle Krise gerät: Sie erwacht mit Mundgeruch, der Frühstücktoast brennt an, und sie wird von Gedanken an den Tod bedrängt.

« Barbie vertritt im Film einen antikapitalistischen Feminismus, aber die Einnahmen gehen an die Vertreter des patriarchalen, kapitalistischen Systems.



Margot Robbie (Barbie) und Ryan Gosling (Ken) auf der Premiere in London.
Foto: Fred Duval / Shutterstock.com

Die Barbies vermuten, dass der Grund dafür in der Menschenwelt liegt. Und so reist die stereotype Barbie dorthin, begleitet von Ken (Ryan Gosling). Die beiden erwarten eine Hölle: In der Menschenwelt regieren Männer, Barbie wird von ihnen begafft und begrabscht. Entsetzt sucht sie Hilfe bei Mattel, dem Spielzeugkonzern, der die Barbiepuppen herstellt. Auch dort herrscht ein Bild des Schreckens: In der Geschäftsleitung hocken ausschliesslich Männer. Und die wollen Barbie in ihre bisherige Rolle zurückdrängen, um ihre Gewinne sicherzustellen.

Ken für seinen Teil liebt diese Menschenwelt, in der seinesgleichen an der Macht ist. Als er nach Barbieland zurückkehrt, führt er dort das Patriarchat ein. Barbie muss einen Weg finden, um das Barbie-Matriarchat wiederherzustellen.

Die Kommerzialisierung der Systemkritik

«Barbie» ist ein unterhaltsamer Film, dazu clever und provokativ – um einiges interessanter auch als «Oppenheimer». Regisseurin Greta Gerwig hat mit «Lady Bird» und «Little Women» einfühlsame und intelligente Filme darüber

gedreht, was es bedeutet, in einer patriarchalen Welt eine Frau zu sein, und das setzt sie mit «Barbie» fort. Aber letztlich kann und darf sie sich nicht darüber hinwegsetzen, dass der Film in erster Linie eins ist: ein abendfüllender Werbeclip für Barbie-Puppen.

Wenn in «Barbie» darüber gewitzelt wird, dass Mattel in der Firmengeschichte fast immer von männlichen CEOs geleitet wurde, ist das natürlich zutreffend. Aber Tatsache bleibt: Der «Barbie»-Film wurde von Ynon Kreiz in Auftrag gegeben, dem männlichen CEO von Mattel. Keine Chance, dass er nächstens durch eine Frau ersetzt wird. Wenn der Film Mattel kritisiert, so dient das einzig dem Zweck, für Mattel Gewinne einzufahren. Die Figuren vertreten einen antikapitalistischen Feminismus, aber die Einnahmen gehen an die Vertreter des patriarchalen, kapitalistischen Systems.

Das ist kein Widerspruch, im Gegenteil. «Barbie» veranschaulicht die Fähigkeit des herrschenden Systems, aus absolut allem Profit ziehen zu können – selbst aus Systemkritik.

Krisen des Kapitalismus und unsere Antworten

Am Anderen Davos, welches am 19./20. Januar 2024 in Zürich stattfinden wird, werden wir unter dem Motto «Krisen des Kapitalismus und unsere Antworten» über antikapitalistischen, feministischen, ökologischen und abolitionistischen Widerstand sprechen, um Krieg und Imperialismus eine solidarische Alternative entgegensetzen zu können.

Als Gäste mit dabei sind unter anderem die in Berlin lebende palästinensische Abolitionistin Simin Jawabreh, die argentinische Feministin Lus Sbriller, der antifaschistische Journalist Miquel Ramos aus Valencia, der russische Sozialist und Putingegner Ilya Budraitskis, der ukrainische Gewerkschafter Artem Tivda, Aktivist:innen der kurdischen Frauenbewegung, die Co-Autorin des IPCC-Berichts 2023 Yamina Saheb, der Ökosozialist Christian Zeller, Anti-Gentrifizierungsaktivist:innen aus Deutschland, Dänemark und der Schweiz und viele weitere Aktivist:innen.

Die Konferenz wird organisiert von der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPs) und findet im Volkshaus Zürich statt. Die Diskussionen werden auf Deutsch, Englisch und Französisch übersetzt und teilweise live gestreamt. Alle Infos zu Programm, Durchführung und Streams gibt es unter sozialismus.ch.



Über die BFS

Die Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPs) ist eine schweizweit aktive, antikapitalistische Organisation. Seit unserer Gründung 2002 engagieren wir uns insbesondere zu Fragen der Ökologie, der Migration, des Antirassismus, des Feminismus und der Arbeitswelt. Wir intervenieren in gesellschaftliche Debatten und arbeiten aktiv in sozialen Bewegungen und Basiskollektiven mit.

Die BFS hat Sektionen in Zürich, Basel, Genf, Lausanne und im Tessin. In Zürich und Basel existieren auch Jugendgruppen, die BFS Jugend Zürich und die BFS Jugend Basel.

Auch in anderen Städten wie gibt es immer wieder Lesegruppen und andere Projekte. Wir diskutieren offen, international und orientiert an den sozialen Bewegungen. Wir vernetzen uns, organisieren uns selbstständig und wollen Räume schaffen, in denen Sexismus, Rassismus, Homo- und Transphobie keinen Platz haben. Organisier dich mit uns!

Wenn du mehr über uns erfahren und/oder dich an unseren Aktivitäten beteiligen möchtest, freuen wir uns über deine Kontaktaufnahme.

bfs
Bewegung für
den Sozialismus

BFS Zürich: info@bfs-zh.ch
BFS Jugend ZH: jugend@bfs-zh.ch
BFS Basel: basel@sozialismus.ch
BFS Romandie: mps@socialisme.ch
BFS Tessin: mps.ti@bluewin.ch

sozialismus.ch

 Bewegung für den Sozialismus
   sozialismus.ch